

Inhaltsverzeichnis

	Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat	3
I.	Einleitung	10
1.	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	10
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	10
3.	Zeitliche Koordination	10
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	10
5.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2014 - 2017	10
6.	Planungsgrundlagen	11
7.	Massnahmenplan 2013	12
8.	Massnahmenplan 2014	12
9.	Zukunftsrisiken	12
II.	Finanzielle Übersichten	13
1.	Gesamtschau	13
2.	Ergebnisse	14
3.	Finanzkennzahlen	22
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2014 – 2017	24
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	27
III.	Verwaltungseinheiten	28
1.	Behörden und Staatskanzlei	28
2.	Bau – und Justizdepartement	31
3.	Departement für Bildung und Kultur	43
4.	Finanzdepartement	50
5.	Departement des Innern	57
6.	Volkswirtschaftsdepartement	69
7.	Gerichte	74

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2015 – 2018

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 1. April 2014, RRB Nr. 2014/677

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	6
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	7
3. Rechtliches	8
4. Antrag	8
5. Beschlussesentwurf	9

Anhang/Beilagen

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2015 – 2018

in Mio. Fr. bzw. %	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Cash Flow	-51.9	-40.4	-32.4	4.0	13.8	33.1
Abschreibungen auf Investitionen	-69.4	-72.0	-66.5	-68.5	-68.4	-68.9
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-121.3	-112.4	-98.9	-64.5	-54.6	-35.8
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-121.3	-112.4	-98.9	-64.5	-54.6	-35.8
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6
Finanzierungsfehlbetrag	-161.0	-170.6	-175.8	-143.8	-141.6	-132.5
Selbstfinanzierungsgrad	-48%	-31%	-23%	3%	9%	20%
Nettoverschuldung ¹⁾	617.1	787.7	963.5	1'107.3	1'248.9	1'381.4
Dito, in Fr. pro Einwohner ²⁾	2'350	2'980	3'620	4'140	4'640	5'100
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. ³⁾	263.3	150.9	57.1	-2.4	-49.0	-76.8

Wie in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen (IAFP) der Vorjahre bereits aufgezeigt und mit den Rechnungsabschlüssen 2012 und 2013 auch bestätigt, hat sich die Finanzlage seit dem Ende des Jahres 2011 tatsächlich drastisch verschlechtert. Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedete der Regierungsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2014 – 2017 sind im neuen IAFP 2015 – 2018 zusätzlich die jährlichen Zinskosten für die Ausfinanzierung der Pensionskasse PKSO (12 – 13 Mio. Fr.) und ab 2016 (nach Ablauf der Übergangslösung) der innerkantonale Finanzausgleichsbeitrag des Kantons (+ 15 Mio. Fr.) hinzugekommen.

Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash Flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. In den Jahren 2012 – 2015 schliessen die Rechnungen mit einem Cash Drain ab, was bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Ausgaben vollständig aus den Erträgen finanziert werden können. Ab dem Finanzplanjahr 2016 kann wieder ein Cash Flow ausgewiesen werden.

¹⁾ Zahlen im Voranschlag 2014 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2013 aktualisiert.

²⁾ Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

³⁾ Im Eigenkapital ist die Massnahme BJD_K17 'Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft' mitberücksichtigt.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2018 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben.

Die finanzielle Situation des Kantons Solothurn hat sich ab 2012 merklich verschlechtert. Die Rechnung 2013 weist einen Aufwandüberschuss von 121,3 Mio. Fr. und der Voranschlag 2014 einen Aufwandüberschuss von 112,4 Mio. Fr. aus (mit der Anfangs Januar 2014 angekündigten Nichtausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ist mit einem Fehlbetrag von 133,8 Mio. Fr. zu rechnen).

Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedete der Regierungsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite.

1.1 Massnahmenplan 2013

Die vom Kantonsrat am 7. November 2012 genehmigten 33 Massnahmen des Massnahmenplans 2013 (SGB 055/2012) sind in der Umsetzung und im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 entsprechend berücksichtigt.

1.2 Massnahmenplan 2014

Nach den Beratungen des „Runden Tisches“ hat der Regierungsrat am 9. Dezember 2013 dem Kantonsrat den Massnahmenplan 2014 zur Bekämpfung des strukturellen Defizits im Umfang von rund 118 Mio. Fr. unterbreitet (RRB Nr. 2013/2280). Der Kantonsrat hat diesen in der März-Session 2014 genehmigt.

Der definitive Massnahmenplan 2014 zeigt Massnahmen in folgendem Umfang auf:

	2014	2015	2016	2017	Folgejahre
Regierungsrat	15'238	35'496	45'638	48'673	48'613
Kantonsrat	0	39'518	54'833	66'364	70'032
Gesamtergebnis	15'238	75'014	100'471	115'037	118'645

Von den 62 Massnahmen in Kompetenz des Regierungsrates hat der Kantonsrat Kenntnis genommen. Am 9. Dezember 2013 hat der Regierungsrat die Departemente mit der Umsetzung dieser Massnahmen beauftragt (RRB Nr. 2013/2281). Diese Massnahmen sind mit einer Ausnahme (FD_R3 „Revisionstätigkeit bei Steuern erhöhen“) deshalb bereits im Voranschlag 2014 (13,5 Mio. Fr.) sowie im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 enthalten.

Die 27 Massnahmen in Kompetenz des Kantonsrates wurden durch das Parlament in der März-Session 2014 genehmigt. Die entsprechenden Detailvorlagen werden dem Kantonsrat in der

Folge zum Entscheid vorgelegt. Die finanziellen Verbesserungen sind ebenfalls im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 mitberücksichtigt.

Mit den Finanzplanvorentscheidungen I zum vorliegenden IAFP am 27. Januar 2014 (RBB Nr. 2013/138) wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und realisieren, die es erlauben sollten, eine ausgeglichene Erfolgsrechnung im Jahr 2017 zu erreichen.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2014 – 2017 sind im neuen IAFP 2015 – 2018 zusätzlich die jährlichen Zinskosten für die Ausfinanzierung der Pensionskasse PKSO (12 – 13 Mio. Fr.) und ab 2016 (nach Ablauf der Übergangslösung) der innerkantonale Finanzausgleichsbeitrag des Kantons (+ 15 Mio. Fr.) hinzugekommen. Diese beiden Vorlagen werden im Verlaufe des Jahres dem Kantonsrat vorgelegt.

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 sind weder Mindererträge aufgrund der Unternehmenssteuerreform III (ab 2018) und des NFA-Wirksamkeitsberichts (Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich) noch Mehrkosten im Bereich Altlastenfonds ab 2016/2017 (Altlastensanierung „Stadtmist“ Solothurn, Abfalldeponien entlang der Emme und Kugelfänge bei Schiessanlagen) mitberücksichtigt.

1.3 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2015 - 2018

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 1. April 2014 (RRB Nr. 2014/677), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2018 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen / Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem

Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2013 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2013 - 2017.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Beschlüssen basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte vom Parlament oder Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte in denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt, wie bspw. die Altlastensanierungen „Stadtmist“ Solothurn, Abfalldeponien entlang der Emme und Kugelfänge bei Schiessanlagen sowie die Unternehmenssteuerreform III (USR III).

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Geschäfte auf dem aktuellen Stand transparent darzustellen.

1.5. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2014 – 2017

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2014 – 2017 sind im neuen IAFP 2015 – 2018 die folgenden zusätzlichen Mindererträge und Mehrbelastungen dazugekommen:

Gewinnausschüttung SNB

Die Schweizerische Nationalbank weist für das Jahr 2013 einen Verlust von 9,1 Mrd. Franken aus (Vorjahr: Gewinn von 6,0 Mrd. Franken). Da dieser Verlust deutlich höher ist als die Ausschüttungsreserve von 5,3 Mrd. Franken, kann die Nationalbank gemäss den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes sowie der Gewinnausschüttungsvereinbarung mit dem EFD für das Jahr 2013 weder eine Dividende an die Aktionäre ausrichten noch eine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone vornehmen. Wie die Nationalbank immer wieder betont hat, tendiert ihre Erfolgsrechnung dazu, hohen Schwankungen zu unterliegen. Daher können leider keine Voraussagen über die Gewinnausschüttung in den kommenden Jahren gemacht werden. Deshalb

wird für das Jahr 2015 keine Gewinnausschüttung eingeplant. In den Jahren 2016 – 2018 wurde wieder der Betrag der Jahre 2011 und 2012 (21,5 Mio. Fr.) eingestellt.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Das Finanzdepartement ist zurzeit an der Erstellung der Kantonsratsvorlage. Diese muss vom Parlament bis Ende 2014 beschlossen werden, damit die Ausfinanzierung der Deckungslücke der kantonalen Pensionskasse auf den 1.1.2015 vollzogen werden kann. Im IAFP 2015 – 2018 sind deshalb die erfolgswirksamen Zinskosten (jährlich 12 - 13 Mio. Franken) für die Ausfinanzierung enthalten.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO)

Der Regierungsrat hat am 14. Januar 2014 Botschaft und Entwurf zu Händen des Kantonsrates verabschiedet. Das Geschäft wird derzeit von den kantonsrätlichen Kommissionen vorbereitet. Die Inkraftsetzung der Vorlage ist abhängig von den Beratungen und dem Zeitpunkt der Beschlussfassung des Kantonsrates. Alle Modellrechnungen gehen von der Fortführung des bisherigen finanziellen Engagements des Kantons aus (mit den Mitteln von 15 Mio. Franken jährlich aus der befristeten Übergangsfinanzierung 2011 – 2014, ggf. bis 2015) und sind deshalb auch so im IAFP 2015 – 2018 abgebildet.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Die Schweizer Wirtschaft wuchs über das gesamte Jahr 2013 im europäischen Vergleich erneut ansehnlich um 2%, auch wenn das 4. Quartal eher moderat ausfiel (+0,2% gegenüber dem Vorquartal). Die Expertengruppe des Bundes (seco) erwartet, dass sich in der Schweiz der Konjunkturaufschwung 2014 und 2015 weiter festigen dürfte. Nach soliden 2% im Jahr 2013 wird eine weitere Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2,2% 2014 sowie 2,7% 2015 prognostiziert. Dabei dürfte im Zuge einer sich sukzessive verbessernden Weltkonjunktur auch der Aussenhandel nach einigen verhaltenen Jahren wieder vermehrt positive Impulse liefern und so die weiterhin robuste Binnennachfrage abrunden. Angesichts des freundlichen Konjunkturausblicks ist auch am Arbeitsmarkt sukzessive mit einer Verbesserung zu rechnen (Rückgang der Arbeitslosenquote von 3,2% 2013 auf 3,1% 2014 und 2,8% 2015).

Teuerung

Die Inflation ist zurzeit in der Schweiz kein Thema. Die Teuerung ist weiterhin tief und das seco rechnet für 2014 mit einer durchschnittlichen Jahresteuierung von 0,1%. Für 2015 wird die Teuerung auf rund 0,4% geschätzt.

Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Löhne bis ins Jahr 2017 nicht zu erhöhen, sofern die Teuerungsentwicklung einen Wert

von 0,5% pro Jahr nicht überschreitet (RRB Nr. 2014/494 vom 11. März 2014; Massnahmenplan 2014: RR_M1: Befristeter Verzicht auf Lohnrunden bis 2017). Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Vorschlages 2014 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'500 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2013.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für natürliche Personen (gemäss Massnahmenplan 2014: RR_M2: Anpassung Steuersatz natürlicher Personen) und für die juristischen Personen auf 104% festgelegt.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer leichten Erholung der Konjunktur aus. Es rechnet im Bereich der natürlichen Personen bei den Steuern mit einem jährlichen Wachstum von rund 2,0%. Bei den juristischen Personen dürften sich die konjunkturelle Erholung und damit die Zunahme des Steuerertrages erst mit Verzögerung einstellen. Im Steuerbetrag der Jahre 2015 – 2018 sind die drei Massnahmen aus dem MP14 im Steuerbereich (Erhöhung Steuerfuss NP auf 104%, Erhöhung Personalsteuer und Katasterwerte) entsprechend berücksichtigt.

Steuergesetzrevisionen auf Bundesebene

Aktuell sind auf Bundesebene keine relevanten Änderungen des Gesetzes über die direkte Bundessteuer beschlossen. In Ausarbeitung ist die „Unternehmenssteuerreform III“. Da deren Ausgestaltung völlig offen ist, kann zurzeit keine verlässliche Aussage über die mittel- bis langfristige Entwicklung des Steuerertrags von juristischen Personen gemacht werden. Dasselbe gilt für die steuerlichen Konsequenzen aus dem geplanten Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem. Zur Zeit stehen die Einführung einer Lizenzbox bei den kantonalen Steuern, das Modell einer eingeschränkten zinsbereinigten Gewinnsteuer, die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital und Massnahmen bei der kantonalen Kapitalsteuer sowie die Anpassung des Gewinnsteuersatz auf 2018 zur Diskussion. Wir erwarten, dass die Steuereinnahmen JP ab Inkrafttreten der USR III unter Druck kommen werden.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2015 - 2018 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. Für 2015 wirken sich die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2009-2011) weiterhin aus. Für die Jahre 2015 – 2018 basieren die Zahlen auf dem ak-

tualisierten Schätzmodell der FkF (Fachgruppe für kantonale Finanzfragen) für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK (Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung) vom Mai 2013. Zu beachten ist ferner, dass im Wirksamkeitsbericht zum NFA vom März 2014 eine Reduktion der Dotation des Ressourcenausgleichs vorgeschlagen wird.

KVG-Revision des Bundes

Mit RRB Nr. 2012/513 vom 6. März 2012 wurde der Kantonsanteil für das Jahr 2013 auf 51% festgesetzt. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012). Dadurch resultieren 2016 rund 10 Mio. Franken, respektive ab 2017 rund 20 Mio. Franken jährliche Mehrkosten im Vergleich zu 2013.

Pflegekostenfinanzierung

Die Pflegefinanzierung bringt erhebliche Mehrkosten. Im 2012 sind Kosten von 41 Mio. Franken entstanden. Bei Einführung der Pflegefinanzierung wurde durch den Kantonsrat eine Übergangsbestimmung erlassen. Einerseits hat er festgelegt, dass die Pflegekostenbeiträge an die stationäre Pflege vom Kanton und der Gesamtheit der Einwohnergemeinden je zur Hälfte getragen werden, bis der EL-Verteilschlüssel nach § 54 Abs. 3 Sozialgesetz (SG) neu festgelegt worden ist (§ 179 Abs. 1 SG). Gleichzeitig hat er geregelt, dass die in § 54 Abs. 4 SG vorgesehene Frist von vier Jahren auf fünf Jahre erstreckt und der prozentuale Verteilschlüssel der Ergänzungsleistungen und Verwaltungskosten im Jahre 2013 vom Kantonsrat unter Berücksichtigung der Pflegekostenbeiträge neu festgelegt wird (§ 179 Abs. 2 SG). Um Zeit für die Suche nach einer langfristigen Lösung zu gewinnen, hat er den Verteilschlüssel für die EL und die Pflegefinanzierung im Sinne einer Übergangsregelung und nicht präjudizierend für das Jahr 2014 auf 50:50 festgelegt (KRB vom 6. November 2013, SGB 166/2013).

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 1. April 2014. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2013 (RRB Nr. 2014/676 vom 1. April 2014) und des Voranschlags 2014 (KRB Nr. 185/2013 vom 18. Dezember 2013.)

Legislaturplan

Im Legislaturplan 2013-2017 (SGB 188/2013) wird die Erreichung des Gleichgewichts im Finanzhaushalt mit der höchsten Priorität versehen, der sich alle anderen Zielsetzungen unterzuordnen haben. Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2013 - 2017 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im Oktober 2013 verabschiedeten Legislaturplan (RRB Nr. 2013/1945). Dieser wirkt sich

erstmalig auf den IAFP 2015-18 aus.

1.7. Massnahmenplan 2013

Der Kantonsrat hat am 7. November 2012 über die einzelnen Massnahmen des Massnahmenplans 2013 beschlossen (SGB 055/2012). Von den 61 Massnahmen des Massnahmenpaketes 2013 wurden schlussendlich nur 33 Massnahmen zur Umsetzung überwiesen. Dadurch verbleiben von den vorgeschlagenen Verbesserungen des Regierungsrates in der Grössenordnung von 100 – 150 Mio. Fr. lediglich noch maximal 30 Mio. Fr. übrig. Die im Grundsatz genehmigten und im Wortlaut geänderten Massnahmen sind im Voranschlag 2014 und den Finanzplanjahren 2015 - 2018 berücksichtigt.

1.8. Massnahmenplan 2014

Nach den Beratungen des „Runden Tisches“ hat der Regierungsrat am 9. Dezember 2013 dem Kantonsrat den Massnahmenplan 2014 zur Bekämpfung des strukturellen Defizits im Umfang von rund 118 Mio. Fr. unterbreitet (RRB Nr. 2013/2280). Der Kantonsrat hat diesen in der März-Session 2014 genehmigt. Von den 62 Massnahmen in Kompetenz des Regierungsrates hat der Kantonsrat Kenntnis genommen. Am 9. Dezember 2013 hat der Regierungsrat die Departemente mit der Umsetzung dieser Massnahmen beauftragt (RRB Nr. 2013/2281). Diese Massnahmen sind mit einer Ausnahme (FD_R3 „Revisionstätigkeit bei Steuern erhöhen“) deshalb bereits im Voranschlag 2014 (13,5 Mio. Fr.) sowie im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 enthalten.

Die 27 Massnahmen in Kompetenz des Kantonsrates wurden durch das Parlament in der März-Session 2014 genehmigt. Die entsprechenden Detailvorlagen werden dem Kantonsrat in der Folge zum Entscheid vorgelegt. Die finanziellen Verbesserungen sind ebenfalls im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 mitberücksichtigt.

1.9. Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich weitere Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2015 – 2018 sind weder Mehrkosten im Bereich Altlastenfonds ab 2016/2017 (Altlastensanierung „Stadtmist“ Solothurn, Abfalldeponien entlang der Emme und Kugelfänge bei Schiessanlagen) noch Mindererträge aufgrund der Unternehmenssteuerreform III (ab 2018) und des NFA-Wirksamkeitsberichts (Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich) mitberücksichtigt. Die finanziellen Auswirkungen der USR III sind derzeit noch ungewiss, dürften aber erheblich sein und den NFA-Ressourcenausgleich ab 2018 nachhaltig beeinflussen.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten sind in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

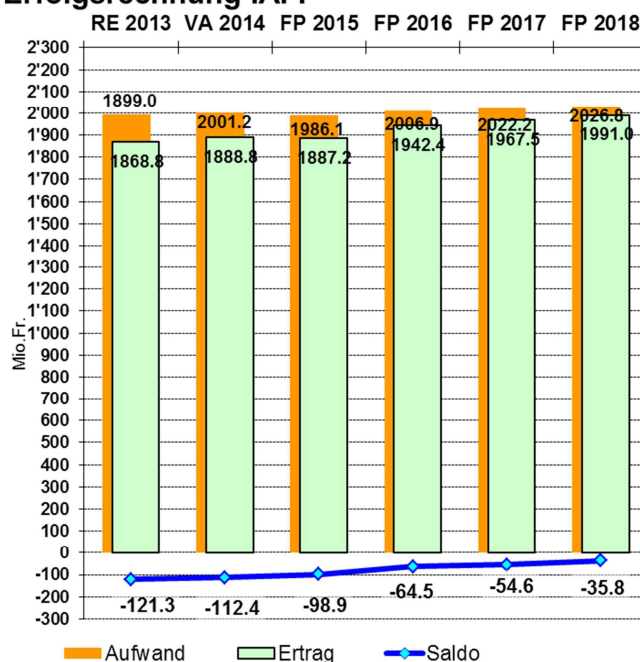
Die finanzielle Situation des Kantons Solothurn hat sich ab 2012 merklich verschlechtert. Die Rechnung 2013 weist einen Aufwandüberschuss von 121,3 Mio. Fr. und der Voranschlag 2014 einen Aufwandüberschuss von 112,4 Mio. Fr. aus (mit der Anfangs Januar 2014 angekündigten Nichtausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ist mit einem Fehlbetrag von 133,8 Mio. Fr. zu rechnen).

Das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Fr. konnte in den Folgejahren nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben aus dem ordentlichen Betrieb kompensiert werden. Deshalb verabschiedete der Regierungsrat die beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 mit strukturellen Einschnitten bei den Ausgaben und Leistungen sowie gezielten Massnahmen auf der Einnahmenseite.

Nachdem der Kantonsrat in seiner März-Session dem Massnahmenplan 2014 zugestimmt hat, kann in der Planungsperiode mit einer merklichen Verbesserung der Finanzlage gerechnet werden.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bereits im Jahr 2017 kann nach der vorliegenden Planung aber noch nicht ganz erreicht werden, weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren notwendig sein. Das liegt einerseits daran, dass neue Belastungen in den IAFP 2015-18 aufgenommen werden mussten (Zinsanteil an der Ausfinanzierung der Pensionskasse von ca. 13 Mio. Fr., Beitrag des Kantons an den neuen innerkantonalen Finanzausgleich ab 2016 von rund 15 Mio. Fr.). Andererseits sind im Massnahmenplan 2014 auch Massnahmen enthalten, welche sich wohl auf die Erhaltung des freien Eigenkapitals, nicht aber auf die Erfolgsrechnung auswirken (BJD_K17, Breitere Verwendung Erträge Wasserwirtschaft, RR_M1, Befristeter Verzicht auf Lohnrunden). Zudem umfasste das ursprüngliche Massnahmenpaket ein Verbesserungspotential von 150 Mio. Fr, von denen bis im Jahr 2017 schlussendlich 115 Mio. Fr. realisiert werden können.

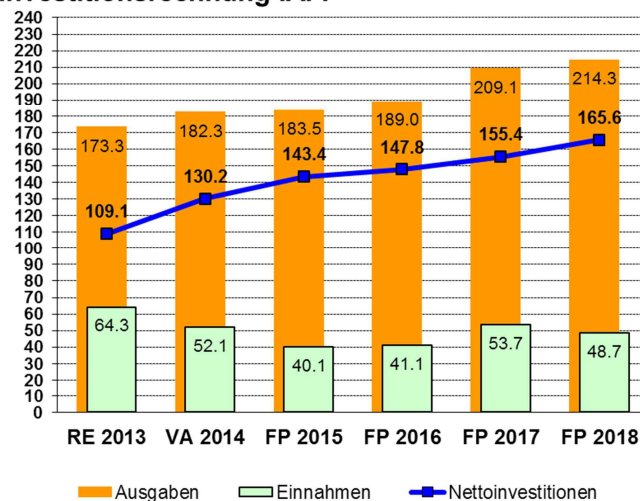
Erfolgsrechnung IAFP



Grossprojekte

Geprägt ist die Investitionsrechnung von den Grossprojekten im Strassenbau, im Hochbau (Neubauten Bürgerspital Solothurn und Berufsschule Solothurn sowie Sanierungen Kantonsschule Olten und Museum Altes Zeughaus) und den Wasserschutzbauten (Hochwasserschutzmassnahmen Aare und Emme).

Investitionsrechnung IAFP



2.2. Ergebnisse

in Mio. Fr

RE 2013 VA 2014 FP 2015 FP 2016 FP 2017 FP 2018

1. Erfolgsrechnung

Total betrieblicher Aufwand	1'922.9	1'979.6	1'951.7	1'967.6	1'977.0	1'974.7
Total betrieblicher Ertrag	-1'822.8	-1'840.3	-1'838.7	-1'892.4	-1'916.5	-1'939.8

Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	100.1	139.3	113.0	75.2	60.5	34.9
---	--------------	--------------	--------------	-------------	-------------	-------------

Ergebnis aus Finanzierung ausserordentliches Ergebnis	21.2	-26.9	-14.1	-10.7	-5.9	0.9
--	------	-------	-------	-------	------	-----

Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	121.3	112.4	98.9	64.5	54.6	35.8
---	--------------	--------------	-------------	-------------	-------------	-------------

2. Investitionsrechnung

Total Ausgaben	173.3	182.3	183.5	189.0	209.1	214.3
Total Einnahmen	-64.3	-52.1	-40.1	-41.1	-53.7	-48.7

Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6
---------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

3. Finanzierung

Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6
- Abschreibungen Verw.vermögen/Investitionst	-69.4	-72.0	-66.5	-68.5	-68.4	-68.9
+ Entnahme aus Eigenkapital	121.3	112.4	98.9	64.5	54.6	35.8

Finanzierungsfehlbetrag	161.0	170.6	175.8	143.8	141.6	132.5
--------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

4. Frei verfügbares Eigenkapital

Stand frei verfügbares EK per 01.01.	414.8	263.3	150.9	57.1	-2.4	-49.0
--------------------------------------	-------	-------	-------	------	------	-------

Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. **	263.3	150.9	57.1	-2.4	-49.0	-76.8
--	--------------	--------------	-------------	-------------	--------------	--------------

5. Nettoverschuldung

Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	617.1	787.7	963.5	1'107.3	1'248.9	1'381.4
	2'347	2'980	3'623	4'138	4'638	5'098

6. Selbstfinanzierungsgrad

(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	-48%	-31%	-23%	3%	9%	20%
---	------	------	------	----	----	-----

* Die Zahlen im VA14 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2013 aktualisiert.

** Im Eigenkapital ist die Massnahme BJD_K17 'Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft' mitberücksichtigt.

4. Frei verfügbares Eigenkapital

Mit der AFU-Wasserrechnung (26,2 Mio. Fr.), den Globalbudgetreserven (11,9 Mio. Fr.) und den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital (521,2 Mio. Fr.) beträgt das Eigenkapital per 31.12.2013 gesamthaft 822,6 Mio. Fr.. Das frei verfügbare Eigenkapital ist jedoch massgebend für die Defizitbremse. Dieses beläuft sich per Ende 2013 noch auf 263,3 Mio. Fr. und wird ohne zusätzliche Ergebnisverbesserungen Ende 2016 aufgebraucht sein. Ab diesem Zeitpunkt würde die Defizitbremse wirksam (§ 23 WoVG).

5. Nettoverschuldung

Die Höhe der Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2013: 487,0 Mio. Fr.).

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departemente

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total alle Departemente						
Aufwand	1'990.2	2'001.2	1'986.1	2'006.9	2'022.2	2'026.8
Ertrag	-1'868.8	-1'888.8	-1'887.2	-1'942.4	-1'967.5	-1'991.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	121.3	112.4	98.9	64.5	54.6	35.8
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	22.0	19.0	19.3	19.3	19.1	19.0
Ertrag	-7.6	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
Verrechnungen	-7.6	-8.4	-8.6	-8.6	-8.6	-8.6
Saldo	6.9	7.4	7.5	7.6	7.3	7.3
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	248.8	259.8	250.5	254.4	255.0	253.6
Ertrag	-178.8	-178.4	-178.3	-181.1	-182.5	-182.1
Verrechnungen	-40.1	-40.5	-42.4	-42.6	-42.6	-42.6
Saldo	29.9	40.9	29.8	30.7	29.9	28.8
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	454.5	477.4	474.6	475.7	474.6	474.1
Ertrag	-54.3	-58.9	-58.1	-57.1	-56.2	-56.0
Verrechnungen	28.0	30.3	30.3	30.3	30.3	30.3
Saldo	428.3	448.9	446.8	448.9	448.7	448.4
4. Finanzdepartement						
Aufwand	174.4	132.4	146.8	151.7	157.5	164.3
Ertrag	-1'214.2	-1'238.0	-1'241.3	-1'292.9	-1'316.2	-1'332.9
Verrechnungen	21.4	18.6	20.4	20.9	19.4	13.5
Saldo	-1'018.4	-1'087.0	-1'074.1	-1'120.2	-1'139.3	-1'155.1
5. Departement des Innern						
Aufwand	869.0	884.5	863.7	876.2	888.1	888.2
Ertrag	-273.5	-271.4	-261.2	-264.7	-265.9	-267.5
Verrechnungen	-0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	594.9	613.7	603.0	612.1	622.7	621.2
6. Volkswirtschaftsdepartementen						
Aufwand	198.0	204.2	207.2	205.7	203.9	203.7
Ertrag	-134.8	-133.6	-139.8	-138.3	-138.2	-143.9
Verrechnungen	-3.8	-3.7	-3.7	-4.0	-2.5	3.4
Saldo	59.4	66.9	63.7	63.4	63.2	63.2
7. Gerichte						
Aufwand	23.4	23.8	23.9	23.9	23.9	23.9
Ertrag	-5.7	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	2.7	3.1	3.4	3.4	3.4	3.4
Saldo	20.3	21.6	22.0	22.0	22.0	22.0

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departemente

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total alle Departemente						
Ausgaben	173.3	182.3	183.5	189.0	209.1	214.3
Einnahmen	-64.3	-52.1	-40.1	-41.1	-53.7	-48.7
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6

1. Behörden und Staatskanzlei

Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2. Bau- und Justizdepartement

Ausgaben	157.0	161.1	158.5	165.4	187.6	189.3
Einnahmen	-58.2	-46.4	-34.4	-35.5	-48.0	-43.1
Nettoinvestitionen	98.8	114.7	124.2	130.0	139.5	146.2

3. Bildung und Kultur

Ausgaben	3.2	2.5	2.3	2.3	2.3	2.3
Einnahmen	-2.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.4	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3

4. Finanzdepartement

Ausgaben	4.6	7.4	8.5	8.0	8.0	8.0
Einnahmen	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.6	7.4	8.5	8.0	8.0	8.0

5. Departement des Innern

Ausgaben	2.7	3.0	6.2	5.4	3.5	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	3.0	6.2	5.4	3.5	7.0

6. Volkswirtschaftsdepartement

Ausgaben	5.8	8.4	7.9	7.8	7.8	7.8
Einnahmen	-2.2	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Nettoinvestitionen	3.6	4.7	4.3	4.1	4.1	4.1

7. Gerichte

Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2.2.3. Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	163.0	165.2	163.9	163.5	163.1	162.8
Ertrag	-75.0	-69.0	-70.5	-70.5	-70.2	-70.2
Verrechnung	-66.3	-70.4	-70.3	-70.3	-70.3	-70.3
Saldo	21.8	25.8	23.1	22.7	22.6	22.3
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	199.0	196.1	201.4	203.6	205.5	206.6
Ertrag	-91.8	-83.9	-82.1	-83.3	-83.3	-83.6
Verrechnung	6.9	8.4	8.3	8.3	8.3	8.3
Saldo	114.2	120.6	127.6	128.6	130.5	131.3
2 Bildung						
Aufwand	450.5	473.8	470.6	471.6	470.5	469.9
Ertrag	-55.8	-59.4	-58.7	-57.6	-56.8	-56.6
Verrechnung	29.3	31.5	31.5	31.5	31.5	31.5
Saldo	424.0	445.8	443.4	445.4	445.2	444.7
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	15.8	15.4	15.1	15.0	15.0	15.1
Ertrag	-4.7	-4.5	-4.2	-4.0	-4.0	-4.0
Verrechnung	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	13.0	12.9	12.8	12.8	12.9	13.0
4 Gesundheit						
Aufwand	327.6	328.6	325.5	331.8	340.0	337.0
Ertrag	-4.7	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
Verrechnung	1.1	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	324.0	326.1	323.0	329.3	337.5	334.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	413.0	432.2	409.1	413.1	415.2	417.3
Ertrag	-221.2	-227.6	-218.7	-221.0	-222.2	-223.5
Verrechnung	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	194.0	207.0	192.8	194.5	195.3	196.2
6 Verkehr						
Aufwand	119.2	123.8	113.7	117.6	118.1	118.6
Ertrag	-26.2	-21.8	-22.0	-22.9	-22.9	-22.7
Verrechnung	-74.3	-73.3	-75.4	-76.3	-77.1	-77.1
Saldo	18.8	28.6	16.3	18.3	18.1	18.7
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	32.9	32.8	34.2	34.8	34.7	32.8
Ertrag	-23.0	-22.7	-22.9	-21.9	-21.9	-21.7
Verrechnung	1.7	2.0	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	11.6	12.1	13.3	14.8	14.8	13.0
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	122.2	128.4	132.5	132.0	132.0	132.0
Ertrag	-106.6	-109.0	-113.7	-113.4	-113.4	-113.4
Verrechnung	3.1	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2
Saldo	18.6	22.6	21.9	21.8	21.8	21.8
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	146.9	104.9	120.1	124.0	128.2	134.8
Ertrag	-1'259.8	-1'287.1	-1'290.6	-1'344.0	-1'369.1	-1'391.5
Verrechnung	94.4	93.1	95.4	96.2	97.0	97.0
Saldo	-1'018.5	-1'089.1	-1'075.1	-1'123.8	-1'143.9	-1'159.7
Gesamttotal						
Aufwand	1'990.2	2'001.2	1'986.1	2'006.9	2'022.2	2'026.8
Ertrag	-1'868.8	-1'888.8	-1'887.2	-1'942.4	-1'967.5	-1'991.0
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	121.3	112.4	98.9	64.5	54.6	35.8

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	11.7	18.2	20.7	16.5	11.1	12.6
Einnahmen	0.0	-1.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Nettoinvestitionen	11.7	17.1	20.6	16.4	11.0	12.5
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	27.9	18.9	9.9	7.4	3.5	7.0
Einnahmen	-7.8	-4.2	-1.5	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	20.1	14.6	8.4	7.4	3.5	7.0
2 Bildung						
Ausgaben	34.6	24.7	26.9	30.1	23.1	21.3
Einnahmen	-16.0	-6.3	-5.7	-4.7	-2.1	-2.0
Nettoinvestitionen	18.7	18.3	21.2	25.4	21.0	19.3
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	20.1	26.1	40.0	52.5	62.0	62.0
Einnahmen	-3.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	16.9	26.1	40.0	52.5	62.0	62.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	67.8	76.5	66.6	57.4	78.1	81.1
Einnahmen	-31.2	-30.4	-22.0	-18.3	-27.9	-28.9
Nettoinvestitionen	36.6	46.1	44.5	39.0	50.2	52.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	5.4	9.6	11.5	17.3	23.6	22.6
Einnahmen	-2.9	-6.4	-7.0	-14.3	-20.0	-14.1
Nettoinvestitionen	2.5	3.2	4.4	2.9	3.6	8.5
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	5.4	8.1	7.8	7.6	7.6	7.6
Einnahmen	-2.2	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Nettoinvestitionen	3.2	4.4	4.1	4.0	4.0	4.0
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.4	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2
Einnahmen	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-0.6	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2
Gesamttotal						
Ausgaben	173.3	182.3	183.5	189.0	209.1	214.3
Einnahmen	-64.3	-52.1	-40.1	-41.1	-53.7	-48.7
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6

2.2.5. Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
3 Aufwand	1'990.2	2'001.2	1'986.1	2'006.9	2'022.2	2'026.8
30 Personalaufwand	421.4	449.3	442.9	443.7	443.7	443.8
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.4	7.7	7.6	7.6	7.6	7.6
301 Löhne des Verwaltungs-u. Betriebspersonal	263.3	273.8	274.0	274.9	275.6	276.5
302 Löhne der Lehrkräfte	74.0	84.9	79.4	79.1	78.4	77.5
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	68.8	73.2	72.2	72.4	72.4	72.5
306 Arbeitgeberleistungen	5.5	5.0	5.2	5.2	5.2	5.2
309 Übriger Personalaufwand	2.0	4.5	4.2	4.2	4.3	4.3
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	173.4	183.8	179.5	179.7	179.0	177.5
310 Material- und Warenaufwand	21.3	20.0	19.9	19.8	19.6	19.7
311 Nicht aktivierbare Anlagen	8.4	10.0	9.8	9.8	9.7	9.6
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	5.5	5.7	5.9	5.9	5.9	5.9
313 Dienstleistungen und Honorare	61.0	64.3	62.7	62.9	62.7	61.1
314 Baulicher Unterhalt	25.7	26.9	25.2	25.2	25.4	25.4
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	9.0	10.6	10.5	10.6	10.6	10.6
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühre	13.4	14.2	13.5	13.0	12.8	12.7
317 Spesenentschädigungen	3.8	4.1	4.0	4.0	4.1	4.1
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	18.9	21.4	21.4	21.4	21.5	21.5
319 Verschiedener Betriebsaufwand	6.3	6.6	6.7	7.0	6.8	7.0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	52.9	57.7	58.3	59.8	60.5	61.0
330 Sachanlagen VV	52.9	57.7	58.3	59.8	60.5	61.0
34 Finanzaufwand	67.2	21.6	34.3	39.3	45.2	52.1
340 Zinsaufwand	7.9	14.7	27.4	32.3	38.2	45.0
341 Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	0.9	1.8	1.1	1.1	1.1	1.1
349 Verschiedener Finanzaufwand	47.1	4.1	4.9	4.9	4.9	4.9
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	4.4	1.7	0.9	1.2	1.1	0.9
350 Einlagen in Fonds u. SF im Fremdkapital	4.4	1.7	0.9	1.2	1.1	0.9
36 Transferaufwand	1'188.4	1'205.3	1'186.9	1'201.3	1'210.6	1'209.6
360 Ertragsanteile an Dritte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	102.9	101.7	102.0	102.4	102.7	103.4
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	83.6	86.3	85.6	85.7	85.5	86.2
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	19.3	15.4	16.4	16.7	17.2	17.2
362 Finanz- und Lastenausgleich	40.6	40.4	40.9	40.9	39.4	39.4
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'028.2	1'048.9	1'035.7	1'049.2	1'060.5	1'058.7
3630 Beiträge an den Bund	10.0	10.5	10.2	10.4	10.4	10.5
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.8	8.9	9.3	9.5	9.1	9.2
3632 Beiträge an Gemeinden u. Zweckverb.	157.1	143.8	149.5	152.9	153.4	152.7
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	428.8	434.2	430.9	436.1	444.2	440.7
3635 Beiträge an private Unternehmungen	63.8	62.7	59.7	60.1	61.2	61.3
3637 Beiträge an private Haushalte	354.6	383.9	371.0	375.1	377.2	379.3
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	16.4	14.2	8.1	8.6	7.8	7.8
37 Durchlaufende Beiträge	82.4	81.8	83.1	82.0	82.0	82.0
370 Durchlaufende Beiträge	82.4	81.8	83.1	82.0	82.0	82.0
3701 Kantone und Konkordate	0.0	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.3	1.0	1.2	1.2	1.2	1.2
3707 Privat Haushalte	81.2	80.8	81.9	80.8	80.8	80.8

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
4 Ertrag	-1'868.8	-1'888.8	-1'887.2	-1'942.4	-1'967.5	-1'991.0
40 Fiskalertrag	-875.8	-904.1	-919.9	-943.8	-954.7	-960.7
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-608.0	-642.2	-651.8	-665.8	-670.8	-676.8
401 Direkte Steuern juristische Personen	-129.1	-131.5	-131.5	-141.8	-147.0	-147.0
402 übrige direkte Steuern	-70.2	-62.2	-67.6	-66.6	-66.6	-66.6
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-68.5	-68.3	-69.0	-69.7	-70.4	-70.4
41 Regalien und Konzessionen	-30.7	-30.5	-8.7	-30.3	-30.3	-30.3
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweizer Nationalbank	-21.6	-21.4	0.0	-21.6	-21.6	-21.6
412 Konzessionen	-7.1	-7.1	-6.7	-6.7	-6.7	-6.7
42 Entgelte	-164.3	-153.3	-155.1	-156.3	-155.8	-156.1
421 Gebühren für Amtshandlungen	-79.5	-76.7	-78.0	-77.9	-77.9	-78.2
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-15.0	-10.0	-10.0	-11.3	-11.2	-11.2
423 Schul- und Kursgelder	-2.9	-3.1	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-12.8	-12.5	-12.6	-12.6	-12.5	-12.4
425 Erlös aus Verkäufen	-8.3	-7.1	-7.8	-7.8	-7.8	-7.8
426 Rückerstattungen	-10.5	-9.8	-9.2	-9.2	-8.9	-8.9
427 Bussen	-33.6	-32.4	-33.0	-33.0	-33.0	-33.0
429 übrige Entgelte	-1.7	-1.6	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
43 Verschiedene Erträge	-7.4	-3.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-7.4	-3.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
44 Finanzertrag	-46.0	-48.5	-48.4	-50.0	-51.0	-51.1
440 Zinsertrag	-8.5	-8.3	-8.8	-8.9	-9.0	-9.1
441 Realisierte Gewinne FV	-0.1	-1.0	0.0	-2.0	-3.0	-3.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-4.1	-3.8	-4.1	-3.4	-3.4	-3.4
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet. des VV	-3.6	-3.3	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
446 Finanzertrag von öffentl. Unternehmungen	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
447 Liegenschaftenertrag VV	-29.5	-31.9	-32.2	-32.3	-32.3	-32.3
45 Entnahme aus Fonds und SF	-2.1	-2.1	-1.9	-1.9	-1.9	-7.6
450 Entnahme aus Fonds und SF im FK	-2.1	-2.1	-1.9	-1.9	-1.9	-7.6
46 Transferertrag	-660.0	-665.1	-667.8	-675.9	-689.5	-700.9
460 Ertragsanteile	-103.9	-101.1	-106.9	-108.7	-110.4	-112.1
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-24.4	-22.4	-22.0	-21.6	-21.2	-21.0
4610 Entschädigungen vom Bund	-5.7	-6.3	-6.2	-6.1	-6.0	-6.0
4611 Entsch. von Kantonen und Konkordaten	-14.6	-11.9	-12.0	-11.6	-11.3	-11.2
4612 Entsch. von Gemeinden und Zweckverb.	-3.9	-4.1	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-215.4	-215.6	-217.8	-222.5	-233.9	-242.8
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-316.2	-325.5	-321.0	-323.0	-324.0	-324.9
4630 Beiträge vom Bund	-189.2	-190.5	-197.6	-197.4	-197.7	-197.9
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-7.1	-5.4	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
4632 Beiträge von Gemeinden	-114.9	-125.7	-114.5	-116.6	-117.4	-118.0
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-4.6	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
4637 Beiträge von privaten Haushalten	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
469 Verschiedener Transferertrag	-0.1	-0.5	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
47 Durchlaufende Beiträge	-82.4	-81.8	-83.1	-82.0	-82.0	-82.0
470 Durchlaufende Beiträge	-82.4	-81.8	-83.1	-82.0	-82.0	-82.0
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-81.9	-81.3	-82.4	-81.3	-81.3	-81.3
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.6	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'990.2	2'001.2	1'986.1	2'006.9	2'022.2	2'026.8
4 Ertrag	-1'868.8	-1'888.8	-1'887.2	-1'942.4	-1'967.5	-1'991.0
Saldo	121.3	112.4	98.9	64.5	54.6	35.8

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
5 Investitionsausgaben	173.3	182.3	183.5	189.0	209.1	214.3
50 Sachanlagen	149.9	155.2	165.1	169.9	191.4	196.6
501 Strassen	55.8	61.8	60.0	50.0	72.0	75.0
502 Wasserbau	3.1	7.9	9.9	15.7	22.0	21.0
504 Hochbauten	83.8	75.0	80.5	90.8	85.9	85.6
506 Mobilien	7.2	10.5	14.7	13.4	11.5	15.0
54 Darlehen	13.2	11.4	8.8	9.7	8.4	8.4
544 Öffentliche Unternehmungen	4.0	8.4	6.0	7.0	5.7	5.7
545 Private Unternehmungen	7.3	0.9	0.9	0.8	0.8	0.8
547 Private Haushalte	1.9	2.1	1.9	1.9	1.9	1.9
55 Beteiligungen und Grundkapitalien	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
554 Öffentliche Unternehmungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	5.7	10.3	4.1	3.9	3.9	3.9
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5
564 Öffentliche Unternehmungen	3.7	9.1	3.1	2.9	2.9	2.9
567 Private Haushalte	0.9	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	4.2	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.6	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
574 Öffentliche Unternehmungen	1.3	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
575 Private Unternehmungen	1.3	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
577 Privat Haushalte	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
6 Investitionseinnahmen	-109.1	-52.1	-40.1	-41.1	-53.7	-48.7
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-43.3	-38.5	-32.1	-33.2	-45.8	-40.8
630 Bund	-29.0	-15.5	-12.2	-16.2	-18.2	-11.7
631 Kantone und Konkordate	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-11.9	-20.6	-19.2	-16.9	-27.5	-28.9
634 Öffentliche Unternehmungen	-0.1	-2.4	-0.6	-0.1	-0.1	-0.1
637 Private Haushalte	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
64 Rückzahlung von Darlehen	-3.8	-8.2	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
644 Öffentliche Unternehmungen	-1.4	-6.2	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
645 Private Unternehmungen	-0.9	-0.5	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
647 Private Haushalte	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-4.2	-5.5	-5.5	-5.5	-5.5	-5.5
670 Bund	-2.8	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
671 Kantone	-1.3	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal						
5 Investitionsausgaben	173.3	182.3	183.5	189.0	209.1	214.3
6 Investitionseinnahmen	-64.3	-52.1	-40.1	-41.1	-53.7	-48.7
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6

2.3. Finanzkennzahlen

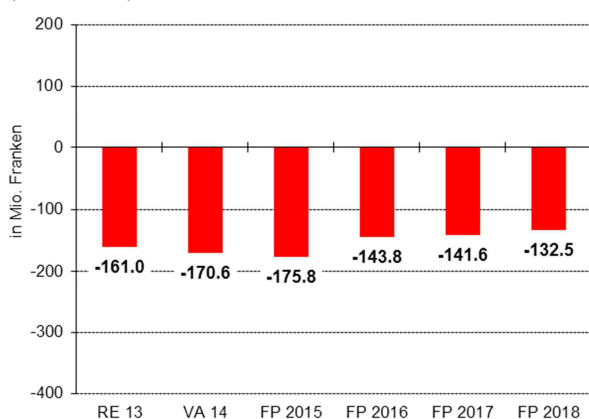
in Mio. Fr. bzw. %	RE 13	VA 14	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Cash Flow	-51.9	-40.4	-32.4	4.0	13.8	33.1
Abschreibungen auf Investitionen	-69.4	-72.0	-66.5	-68.5	-68.4	-68.9
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-121.3	-112.4	-98.9	-64.5	-54.6	-35.8
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-121.3	-112.4	-98.9	-64.5	-54.6	-35.8
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6
Finanzierungsfehlbetrag	-161.0	-170.6	-175.8	-143.8	-141.6	-132.5
Effektives Finanzierungsergebnis	-161.0	-170.6	-175.8	-143.8	-141.6	-132.5
Selbstfinanzierungsgrad	-48%	-31%	-23%	3%	9%	20%
Nettoverschuldung ¹	617.1	787.7	963.5	1'107.3	1'248.9	1'381.4
Dito, in Fr. pro Einwohner ²	-2'347	-2'980	-3'623	-4'138	-4'638	-5'098
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12. ³	263.3	150.9	57.1	-2.4	-49.0	-76.8
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	263.0	264.3	265.9	267.6	269.3	271.0

¹ Zahlen im Voranschlag 2014 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2013 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

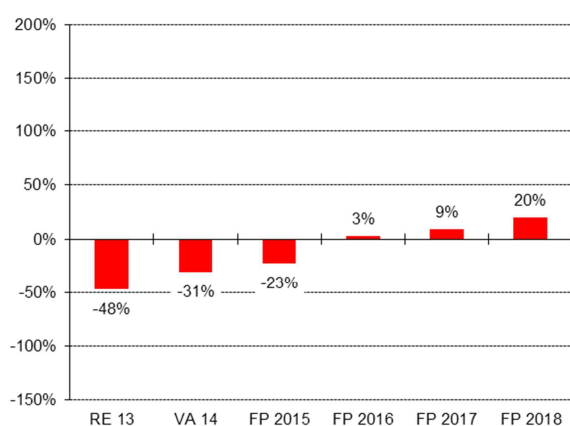
³ Im Eigenkapital ist die Massnahme BJD_K17 "Breitere Verwendung der Erträge aus der Wasserwirtschaft" mitberücksichtigt.

Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag (in Mio. Franken)



Der negative Trend des Voranschlags 2014 setzt sich im ersten Planjahr noch fort. Mit Umsetzung der beiden Massnahmenpläne 2013 und 2014 nimmt der Finanzierungsfehlbetrag danach leicht ab.

Selbstfinanzierungsgrad



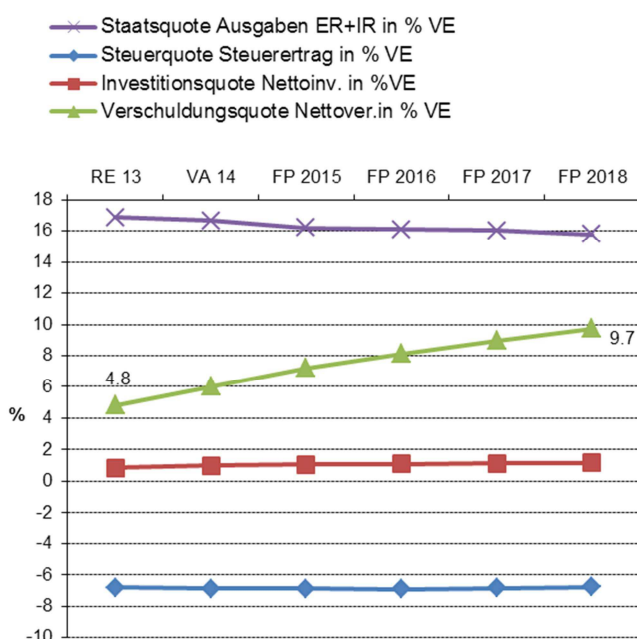
Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Der Selbstfinanzierungsgrad kann von minus 48% im Jahr 2013 auf plus 20% bis ins Jahr 2018 verbessert werden.

2.3.1. Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 13	VA 14	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	2.0%	2.2%	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
Volkseinkommen VE	12'831	13'113	13'376	13'643	13'916	14'194
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	16.9	16.7	16.2	16.1	16.0	15.8
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MfZ-Steuer)	-875.8	-904.1	-919.9	-943.8	-954.7	-960.7
Steuerquote Steuerertrag in % VE	-6.8	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9	-6.8
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	109.1	130.2	143.4	147.8	155.4	165.6
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.9	1.0	1.1	1.1	1.1	1.2
Nettoverschuldung	617.1	787.7	963.5	1'107.3	1'248.9	1'381.4
Verschuldungsquote Nettover. in % VE	4.8	6.0	7.2	8.1	9.0	9.7

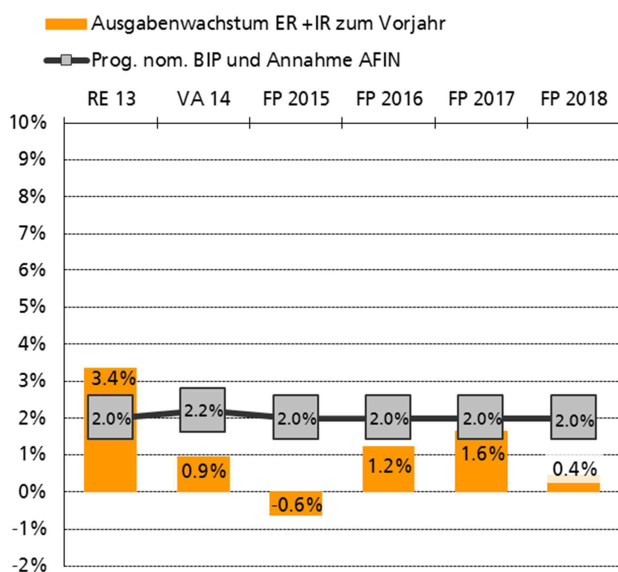
⁴ Basis Zahlen 2005 vom Bundesamt für Statistik + geschätzte Veränderungen des kant. Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote bleiben in den Finanzplanjahren fast unverändert. Die Verschuldungsquote steigt von 4.8% im Jahr 2013 auf 9.7% im Jahr 2018.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist.

Das BIP-Wachstum für 2013 betrug 2.0%. Für das Jahr 2014 prognostiziert das seco eine leichte Zunahme auf 2.2%. Ab 2015 nehmen wir ein nominales BIP von 2.0% an. In den Jahren 2014 bis 2018 ist das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP und führt dennoch zu einer weiteren Verschuldung.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2014 – 2017

2.4.1. Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			
			FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Total alle Departemente												
Aufwand	1'990.2	2'001.2	2'031.0	1'986.1	-44.9	2'052.6	2'006.9	-45.7	2'088.2	2'022.2	-66.0	2'026.8
Ertrag	-1'868.8	-1'888.8	-1'869.0	-1'887.2	-18.2	-1'902.8	-1'942.4	-39.6	-1'934.8	-1'967.5	-32.8	-1'991.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	121.3	112.4	162.0	98.9	-63.1	149.8	64.5	-85.3	153.5	54.6	-98.8	35.8

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung der Finanzplanjahre 2015 bis 2017 führen der Massnahmenplan 14 und die Berücksichtigung der Jahresrechnung 2013 zu Verbesserungen in sämtlichen Departementen. Verschlechterungen ergeben sich insbesondere durch die ausbleibende Gewinnausschüttung der Schweizer Nationalbank im Jahr 2015, die Zinskosten für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der kantonalen Pensionskasse sowie die Auswirkung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO).

	RE 2013	VA 2014	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			
			FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
1. Behörden und Staatskanzlei												
Aufwand	22.0	19.0	19.0	19.3	0.3	19.1	19.3	0.3	19.1	19.1	0.0	19.0
Ertrag	-7.6	-3.2	-3.2	-3.2	0.0	-3.2	-3.2	0.0	-3.2	-3.2	0.0	-3.2
Verrechnungen	-7.6	-8.4	-8.3	-8.6	-0.3	-8.3	-8.6	-0.3	-8.3	-8.6	-0.3	-8.6
Saldo	6.9	7.4	7.5	7.5	0.0	7.6	7.6	0.0	7.6	7.3	-0.3	7.3

Keine wesentlichen Differenzen zur Vorjahresplanung.

	RE 2013	VA 2014	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			
			FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
2. Bau- und Justizdepartement												
Aufwand	248.8	259.8	261.9	250.5	-11.4	273.1	254.4	-18.7	278.4	255.0	-23.4	253.6
Ertrag	-178.8	-178.4	-178.8	-178.3	0.5	-185.1	-181.1	4.0	-188.1	-182.5	5.6	-182.1
Verrechnungen	-40.1	-40.5	-41.4	-42.4	-0.9	-41.7	-42.6	-0.8	-41.7	-42.6	-0.9	-42.6
Saldo	29.9	40.9	41.7	29.8	-11.9	46.2	30.7	-15.5	48.6	29.9	-18.7	28.8

In den aktuellen Finanzplanzahlen sind die von der Regierung beschlossenen Massnahmen 2013 und 2014 vollumfänglich berücksichtigt. Aufgrund der entsprechenden Vorgabe wurden die Planzahlen der Erfolgsrechnung 2015 insgesamt auf das Niveau der Rechnung 2013 gekürzt. Im Vergleich zum Finanzplan des Vorjahres wurden die steigenden Abschreibungen aus den zu aktivierenden Grossprojekten angepasst. Im Massnahmenplan 2013 ursprünglich vorgesehene und dann abgelehnte, zusätzliche Erträge aus den Heimfallverzichtsschädigungen wurden gestrichen. In den Finanzplanzahlen nicht enthalten sind die Kosten der drei grossen Altlastensanierungen „Stadtmist Solothurn“, „Altlasten entlang der Emme“ (im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprojekt Emme) und „Kugelfänge bei Schiessanlagen“. Die Finanzierung dieser Kosten in zweistelliger Millionenhöhe bleibt zu klären.

	RE 2013	VA 2014	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			
			FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016	FP 2016	Diff.	FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
3. Bildung und Kultur												
Aufwand	454.5	477.4	481.9	474.6	-7.2	481.8	475.7	-6.1	484.1	474.6	-9.5	474.1
Ertrag	-54.3	-58.9	-48.1	-58.1	-10.0	-47.4	-57.1	-9.7	-46.8	-56.2	-9.5	-56.0
Verrechnungen	28.0	30.3	28.4	30.3	2.0	28.4	30.3	2.0	28.4	30.3	2.0	30.3
Saldo	428.3	448.9	462.1	446.8	-15.3	462.8	448.9	-13.8	465.7	448.7	-17.0	448.4

Der Mehrertrag in den Finanzplänen 2015 bis 2017 im Vergleich zu den Finanzplänen der Vorjahre ist vorwiegend auf die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen zurückzuführen. Bis zur Kantonalisierung war nur der Beitrag an die Gemeinden für die Sonderschulen in den Finanzplänen ausgewiesen. Neu werden Aufwände und Erträge einzeln in den Finanzplänen abgebildet. Beim Ertrag handelt es sich um Beiträge von Gemeinden, anderen Kantonen und von Privaten in der Höhe von rund 8.0 Mio. Fr..

Der restliche Mehrertrag kommt von höheren Beiträgen von Gemeinden für die Sek P aufgrund von mehr Schülern an den Mittelschulen.

Vergleich Finanzplan 2015 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Der Minderaufwand von 7.2 Mio. Fr. ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte bei den Schulgeldern (-2.1 Mio. Fr.) und im Bereich Volksschule, Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne und Schulleitungen (-1.5 Mio. Fr.) und Projekte (-1.3 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Vergleich Finanzplan 2016 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Es ergibt sich ein Minderaufwand von 6.1 Mio. Fr.. Die Anpassungen sind vorwiegend aufgrund der Aktualisierung der Planwerte bei den Schulgeldern (-3.1 Mio. Fr.) und der Fachhochschule (-2.1 Mio. Fr.) vorgenommen worden.

Vergleich Finanzplan 2017 mit dem Finanzplan des Vorjahres

Es resultiert ein Minderaufwand von 9.5 Mio. Fr. Die Planwerte wurden aktualisiert in den Bereichen Schulgelder (-3.9 Mio. Fr.), Volksschule Beiträge an Gemeinden für Lehrerbessoldungen (-2.4 Mio. Fr.) und der Fachhochschule (-2.1 Mio. Fr.). Bei den Berufsbildungszentren ist der Minderaufwand von 0.8 Mio. Fr. auf die Umsetzung des Massnahmenplans zurückzuführen.

4. Finanzdepartement	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Aufwand	174.4	132.4	135.5	146.8	11.3	140.8	151.7	11.0	148.4	157.5	9.1	164.3
Ertrag	-1'214.2	-1'238.0	-1'225.6	-1'241.3	-15.7	-1'251.5	-1'292.9	-41.4	-1'278.8	-1'316.2	-37.4	-1'332.9
Verrechnungen	21.4	18.6	22.3	20.4	-1.9	23.6	20.9	-2.7	24.0	19.4	-4.6	13.5
Saldo	-1'018.4	-1'087.0	-1'067.7	-1'074.1	-6.4	-1'087.1	-1'120.2	-33.1	-1'106.4	-1'139.3	-32.9	-1'155.1

Beim Vergleich des Finanzplanes „FP 2015 bis 2018“ zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ fallen beim Aufwand die höheren Zinskosten (+9 Mio. Fr.) für die Aufnahme von langfristigen Geldern ins Gewicht. Ertragsseitig wird für die Jahre 2015 bis 2017 mit einem höheren Steuerertrag von rund 30 Mio. Fr. gerechnet. Weiter geht man im neuen Finanzplan davon aus, dass die SNB im 2015 auf eine Auszahlung eines Gewinnanteils verzichten wird, in der Vorjahresplanung war noch ein Gewinnanteil von 21 Mio. Fr. enthalten.

5. Departement des Innern	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Aufwand	869.0	884.5	904.7	863.7	-41.0	923.8	876.2	-47.7	943.6	888.1	-55.5	888.2
Ertrag	-273.5	-271.4	-274.7	-261.2	13.4	-276.9	-264.7	12.2	-279.2	-265.9	13.2	-267.5
Verrechnungen	-0.6	0.6	-0.6	0.6	1.2	-0.6	0.6	1.2	-0.6	0.6	1.2	0.6
Saldo	594.9	613.7	629.4	603.0	-26.4	646.3	612.1	-34.3	663.9	622.7	-41.1	621.2

Der Grund für die Aufwandminderung von 26.4 Mio. Fr. zwischen dem FP 2015 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegt in den Bereichen Gesundheit (soH -8.3 Mio. Fr.), soziale Sicherheit (Pflege- und Betreuung -9.4 Mio. Fr., Prämienverbilligung -6.1 Mio. Fr.) und öffentliche Sicherheit (Justizvollzug -3.0 Mio. Fr.)

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Aufwand	198.0	204.2	204.2	207.2	3.0	190.3	205.7	15.4	190.7	203.9	13.2	203.7
Ertrag	-134.8	-133.6	-133.4	-139.8	-6.4	-133.5	-138.3	-4.8	-133.5	-138.2	-4.8	-143.9
Verrechnungen	-3.8	-3.7	-3.6	-3.7	-0.1	-4.6	-4.0	0.6	-5.0	-2.5	2.6	3.4
Saldo	59.4	66.9	67.2	63.7	-3.5	52.2	63.4	11.2	52.2	63.2	11.0	63.2

Im Hinblick auf den neuen Finanzausgleich Einwohnergemeinden wird im neuen Finanzplan die Übergangsfinanzierung des Kantons von 15 Mio. Franken ab dem Jahre 2016 weitergeführt. Die Massnahmen aus dem Massnahmenplan 2014 führen insgesamt zu einem sinkenden Saldo.

7. Gerichte	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Aufwand	23.4	23.8	23.9	23.9	0.1	23.9	23.9	0.1	23.9	23.9	0.1	23.9
Ertrag	-5.7	-5.3	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3
Verrechnungen	2.7	3.1	3.3	3.4	0.1	3.3	3.4	0.1	3.3	3.4	0.1	3.4
Saldo	20.3	21.6	21.8	22.0	0.2	21.8	22.0	0.2	21.8	22.0	0.2	22.0

Keine wesentlichen Veränderungen. Die Differenz erklärt sich mit den Stufenanstiegen bei den Löhnen.

2.4.2. Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Total alle Departemente												
Ausgaben	173.3	182.3	188.7	183.5	-5.2	176.3	189.0	12.6	199.3	209.1	9.8	214.3
Einnahmen	-64.3	-52.1	-42.2	-40.1	2.1	-33.8	-41.1	-7.4	-49.0	-53.7	-4.8	-48.7
Nettoinvestitionen	109.1	130.2	146.5	143.4	-3.1	142.5	147.8	5.3	150.3	155.4	5.1	165.6

Die Veränderungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres sind in den Details des Bau- und Justizdepartementes, des Finanzdepartementes und des Departementes des Inneren erläutert.

Die Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Ausgaben	157.0	161.1	161.4	158.5	-2.9	153.9	165.4	11.5	178.7	187.6	8.8	189.3
Einnahmen	-58.2	-46.4	-35.3	-34.4	0.9	-26.9	-35.5	-8.6	-42.1	-48.0	-6.0	-43.1
Nettoinvestitionen	98.8	114.7	126.1	124.2	-2.0	127.0	130.0	2.9	136.6	139.5	2.9	146.2

Mit dem Baubeginn des Bürgerspitals Solothurn und weiterer bereits beschlossener sowie geplanter Strassenbauprojekte und Hochwasserschutzmassnahmen ist es nicht möglich, einen Finanzplan auf der vorgegebenen Plafonierung von 125 Mio. Franken Nettoinvestition pro Jahr für die Jahre 2015 bis 2018 vorzulegen. Der Vorgabe entspricht nur das Planjahr 2015. Verzögerungen in verschiedenen Bauprojekten, unter anderem durch Einsprachen und Beschwerden, führen dazu, dass in der Rechnung 2013 sowie im Voranschlag und der Prognose 2014 deutlich geringere Nettoinvestition angefallen sind, respektive anfallen werden. Berücksichtigt man diese Minderausgaben, kann die Vorgabe von durchschnittlich 125 Mio. Fr. pro Jahr über den Zeitraum 2013 bis 2018 eingehalten werden. Im vorliegenden Finanzplan sind die noch nicht feststehenden Auswirkungen der vom Volk am 9. Februar 2014 angenommenen Vorlage FABI (ÖV) nicht enthalten.

3. Bildung und Kultur	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Ausgaben	3.2	2.5	2.5	2.3	-0.2	2.5	2.3	-0.2	2.5	2.3	-0.2	2.3
Einnahmen	-2.8	-2.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.4	0.5	0.5	0.3	-0.2	0.5	0.3	-0.2	0.5	0.3	-0.2	0.3

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

4. Finanzdepartement	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Ausgaben	4.6	7.4	7.0	8.5	1.5	7.0	8.0	1.0	7.0	8.0	1.0	8.0
Einnahmen	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.6	7.4	7.0	8.5	1.5	7.0	8.0	1.0	7.0	8.0	1.0	8.0

Im 2013 haben grössere Informatikprojekte zeitliche Verzögerungen erfahren, was zu einer Verschiebung der Ausgaben ins Folgejahr führte. Der erhöhte Investitionsbedarf ab 2015 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den End of Life Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen.

5. Departement des Inneren	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Ausgaben	2.7	3.0	8.5	6.2	-2.3	3.8	5.4	1.7	1.9	3.5	1.6	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	3.0	8.5	6.2	-2.3	3.8	5.4	1.7	1.9	3.5	1.6	7.0

Die Nettoinvestitionen im DdI betreffen nur die Kantonspolizei. Der Grund für die Ausgabenminderung von 2.3 Mio. Fr. zwischen dem FP 2015 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegt in der Verschiebung des Projektes INPOS (Journal, Rapportierung) ins Jahr 2018.

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2013	VA 2014	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	Vorjahr FP 2016	FP 2016	Diff.	Vorjahr FP 2017	FP 2017	Diff.	FP 2018
Ausgaben	5.8	8.4	9.3	7.9	-1.4	9.1	7.8	-1.4	9.1	7.8	-1.4	7.8
Einnahmen	-2.2	-3.7	-4.9	-3.7	1.2	-4.9	-3.7	1.2	-4.9	-3.7	1.2	-3.7
Nettoinvestitionen	3.6	4.7	4.4	4.3	-0.2	4.3	4.1	-0.2	4.3	4.1	-0.2	4.1

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

1. hoch: Kanton Solothurn, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.

2. neutral: Spezialfinanzierungen stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.

3. geteilt: Kooperationen mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.

4. niedrig: Dritte (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrößen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrößen** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

Aufwand RE 2013 – 35% hoch Beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2013 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass nur gerade 35% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert wird (26% GB Kanton + 9% FG Kanton).

Ertrag Rechnung 2013 – 60% hoch Beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig, verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung, veränderbar sind (47% FG Kanton + 13% GB Kanton).

Betrachtet man die grössten Veränderungen (Diff.), fällt im Prozentbereich auf, dass sich der Aufwand im direkten Einfluss des Kantons leicht von den Finanzgrößen in die Globalbudgets verlagert.

Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kantons Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 35%-40% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrößen) beeinflussen können. Der Kanton kann jedoch über einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge direkt bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2013 zu FP 2018

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

Finanzgrößen	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.
Aufwand	9%	7%	-2%	3%	4%	0%	12%	12%	0%	36%	37%	1%
Ertrag	47%	49%	1%	5%	5%	0%	2%	2%	-1%	28%	29%	0%
Globalbudgets	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.
	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.	RE 13	FP 18	Diff.
Aufwand	26%	28%	2%	1%	1%	0%	11%	10%	-1%	2%	1%	0%
Ertrag	13%	12%	-1%	1%	1%	0%	3%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO												
hoch			neutral			geteilt			gering			
Aufwand RE 13			35%			5%			23%			37%
Ertrag RE 13			60%			6%			5%			29%

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierungs- und Kantonsrat (Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.2 Ausbau des E-Government gezielt fördern

1.7.3 Umgang mit digitalen Dokumenten regeln und elektronische Archivierung sicherstellen

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Im Staatsarchiv ist zur Sicherstellung der rechtskonformen Umsetzung des Archivgesetzes eine sukzessive Verstärkung der personellen Ressourcen in den Jahren 2014-2016 vorgesehen; die damit verbundenen Mehrkosten sollten durch geplante Einsparungen gemäss Massnahmenplan 2014 bei Porti und Drucksachen bis 2018 kompensiert werden können.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) wird auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung gewährleistet; dazu hat der Regierungsrat im Februar 2012 die E-Government-Strategie des Kantons Solothurn verabschiedet, deren Umsetzung von der Stabsstelle E-Government der Staatskanzlei koordiniert wird. Zudem soll das bisher erfolgreich auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – mit erweitertem Elektorat weitergeführt werden. Zur Sicherstellung einer effizienten Abwicklung aller Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte ist die Ablösung der bisherigen Geschäftskontrolle Konsul/Kondor bis März 2015 von grosser strategischer Wichtigkeit. Ein weiteres Projekt mit grosser Aussenwirkung stellt die geplante Ablösung der bisherigen Kantons-Website so.ch bis Ende 2014 dar.

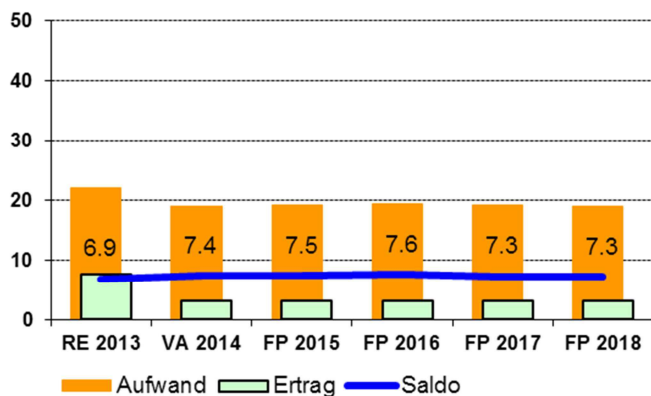
1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

1444 Elektronische Archivierung		Ziel LP	B 1.7.3	
Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen		Beschluss	-	
Status	In Arbeit	Start-Datum	2. Mrz 2010	Soll-Termin 31. Dez 2016
Amt	Staatskanzlei			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009	
2941	Konzept	31. Dez 2015		Die Anstellung eines Archivinformatikers ist auf 1.1.2015 vorgesehen.

1432	Realisierung E-Voting					Ziel LP	-
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Wahlen und Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen, im zweiten Schritt Erweiterung auf alle Stimmberechtigten					Beschluss	A191/2010
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012	
	Amt	Staatskanzlei					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
474	Zusammenarbeitsverträge		30. Jun 2009	30. Jun 2009	RRB 2009/1259: Beitritt Kanton Solothurn zu Consortium auf Basis des Unisys-Systems für den Kanton Zürich		
475	1. Phase für Auslandschweizer		31. Dez 2012	28. Nov 2010	Erstmalige Teilnahmemöglichkeit aller 1'980 registrierten Auslandschweizer Stimmberechtigten anlässlich der Eidg. Volksabstimmung vom 28. November 2010		
5093	Stimmregister Datentransfer		31. Dez 2013	31. Dez 2013	Pilotbetrieb mit 5 Solothurner Gemeinden für ein virtuelles Stimmregister VREG-GERES. Grundlagen sind erarbeitet (Vernehmlassung zum Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform).		
5094	Erweitertes E-Voting System 2. Generation		31. Dez 2014		RRB 2013/1030: Strategie des Consortiums von 7 Kantonen zur Weiterentwicklung des Vote électronique Systems		
5095	2. Versuchsphase für Pilotgemeinden		8. Mrz 2015				
5636	NR-Wahlen mit Pilotgemeinden		18. Okt 2015				
5125	Geschäftskontrolle GeverFutura					Ziel LP	-
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.					Beschluss	SGB 065/2013
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014	
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5096	Analyse und Evaluation		31. Dez 2012	31. Dez 2012	Evaluationsergebnis: Update auf CMIKonsul, KR spricht dafür Verpflichtungskredit von 1.15 Mio. Franken (SGB 065/2013)		
5097	Migration Regierungs- und Parlamentsprozesse		31. Okt 2014				
5098	Migration übrige Prozesse		31. Dez 2015				
5126	Digitale Mikrofilmstelle					Ziel LP	-
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv					Beschluss	-
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2013	
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5099	Evaluation		31. Jul 2014		SGB 170/2013 Informatikprogramm 2014/15: Projektbudget 0,4 Mio.		
5100	Beschaffung und Einführung		31. Jul 2015				
5127	Relaunch Web so.ch					Ziel LP	-
	Aufbau einer neuen Website so.ch					Beschluss	RRB 2012/1677
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2012	Soll-Termin	30. Jun 2014	
	Amt	Staatskanzlei					Kategorie IT-Programm
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5101	Konzeptentwicklung		31. Jul 2013	31. Jul 2013			
5102	Technische Realisation		30. Sep 2014				
5103	Rollout neue Website		31. Jan 2015				

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	13.5	13.8	14.0	14.1	13.8	13.7
Ertrag	-3.2	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	10.3	10.9	11.1	11.1	10.9	10.8
Verrechnung	-6.3	-6.4	-6.4	-6.4	-6.4	-6.4
Saldo	4.0	4.5	4.7	4.8	4.6	4.5
Finanzgrössen						
Aufwand	8.5	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-4.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-1.3	-2.0	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
Saldo	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo total	6.9	7.4	7.5	7.6	7.3	7.3



Es ergeben sich in der Planperiode 2015-2018 keine wesentlichen Veränderungen. Eine geringe Aufwandsteigerung bei den Globalbudgets ab 2014 ist auf die geplante Erhöhung der Personalressourcen im Staatsarchiv zurückzuführen. Minderaufwände in ähnlicher Höhe resultieren ab 2017 infolge Einsparungen gemäss Massnahmenplan 2014.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1 Gleichgewicht des Finanzhaushaltes wieder herstellen

1.1.1 Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.6.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren

1.6.2 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.1.1 Siedlungsstrategie weiterentwickeln

2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern

2.2.2 Ergänzung der Hubraumbesteuerung um ökologische Anreize

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

2.3.1 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.3.2 Altlasten systematisch sanieren.

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs mit kostenneutralen Optimierungen sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot wird angestrebt. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und nach Möglichkeit abgeschlossen (insbesondere die Verkehrslösung Klus, sowie der Anschluss H 18 Dornach).

Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust

Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbaute und naturnahe Landschaftsräume erhalten.

Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung

Der kantonale Strassenbaufonds weist eine Unterdeckung auf. Die Entwicklung verläuft so, dass davon ausgegangen werden muss, dass er sich insb. nach dem Wegfall des bis 2022 erhobenen Zuschlags zur Motorfahrzeugsteuer von 15% zur Finanzierung der Umfahrungsprojekte in Olten und Solothurn und unter Berücksichtigung der aktuellen längerfristigen Investitionsplanung ohne Massnahmen gegenüber der Staatskasse weiter verschuldet. Aus diesem Grund müssen grundsätzlich neue Finanzierungsformen für den Verkehr im Kanton Solothurn geprüft werden.

Jahrhundertbauwerke wie die Flussverbauungen an Aare und Emme müssen erneuert werden. Lokale Engpässe bei den anderen Fließgewässern sind nach Prioritäten zu beseitigen. Als Grundlage dienen die Gefahrenkarten der Gemeinden.

Gefahren für Umwelt und Menschen aufgrund der nicht fachgerechten Abfallentsorgung in der Vergangenheit müssen weiter gebannt werden. Die belasteten Standorte und Altlasten sind zu sanieren. Belastete Standorte und Altlasten sind nach Prioritäten zu sanieren (insgesamt ca. 200 Standorte in der Legislaturperiode). Die technischen Untersuchungen und Sanierungsprojekte sind zu genehmigen und zu begleiten.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

2948	Rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes					Ziel LP	C.2.1.1	
	Rechtliche Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes					Beschluss	.	
	Status	Erledigt	Start-Datum	3. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	23. Apr 2013
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
741	Handlungs- und Gesetzgebungsfelder definieren, Finanzierung sichern		30. Sep 2012	30. Sep 2012				
742	Vernehmlassungsentwurf Gesetzgebung		31. Dez 2012	29. Okt 2012	RRB 2012/2123 vom 29.10.2012			
743	B+E		31. Dez 2013	23. Apr 2013	RRB (B+E) Nr. 2013/712 vom 23. April 2013			
5234	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Ziel LP	B.2.1.1	
	Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision					Beschluss	.	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	25. Feb 2014	Soll-Termin	31. Dez 2015		
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5648	B+E z. Hd. KR, Planungsausgleichsgesetz		31. Dez 2014					
5649	Bericht an Regierung: Baulandverflüssigung		31. Dez 2014					
5235	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes, GENUB							
	Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes und von Bodenschätzen, GENUB					Beschluss	.	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2012	Soll-Termin	31. Dez 2014		
	Amt	Departementssekretariat BJD						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5651	B+E z. Hd. KR		31. Dez 2014					

1172	RADAV					Ziel LP	.
	Fertigstellung Dezember 2014					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	
	Amt	Amt für Geoinformation					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
2983	Vollendung RADAV		31. Dez 2014		Vollendung RADAV Ende 2014		
5386	Neue Finanzierungsformen Verkehr prüfen (Arbeitstitel)					Ziel LP	B.1.1.1
	Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2015	
	Amt	Departementssekretariat BJD					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5652	Bericht an Regierung, Variantenentscheid		31. Dez 2014				
5653	RRB Mitwirkungsvorlage		30. Jun 2015				
5654	B+E z. Hd. KR		31. Dez 2015				
1180	Agglomerationsprogramme 1. Generation (Solothurn, Basel und Aareland)					Ziel LP	C.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation)					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	
	Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
372	Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten		31. Dez 2009	31. Dez 2009			
484	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen.		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
780	Plangenehmigung für die neuen Bahnhaltstellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof		31. Aug 2012	28. Jun 2012	Solothurn Allmend; Bellach Grederhof: 22. Jan 2013; Eröffnung Ende 2013 auf Fahrplanwechsel 2014		
1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation					Ziel LP	C.2.1.2
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (2. Generation)					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014	
	Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
485	Amtsinterner Entwurf		31. Mai 2012	31. Mai 2012			
486	Einreichung beim Bund		30. Jun 2012	30. Jun 2012	AP Basel, RRB 2012/1019; AP Aare Land, RRB 2012/1018: AP Solothurn, RRB 2012/1231		
487	Abschluss Leistungsvereinbarung		31. Dez 2014				
5387	Agglomerationsprogramme 3. Generation					Ziel LP	B.2.1.1
	Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (3. Generation)						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	30. Jun 2016	
	Amt	Amt für Raumplanung					
1184	Deponieplanung					Ziel LP	.
	Deponieplanung					Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2016	
	Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
541	Richtplananpassung		31. Dez 2008	31. Dez 2008	erfolgt		
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil		30. Jun 2014		Beschwerde beim KR eingereicht		
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland		31. Dez 2015				

1204	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt	Ziel LP	C.2.1.1
	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt	Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
		Soll-Termin	31. Dez 2015
Amt	Amt für Raumplanung		

1202	Richtplangesamtüberprüfung					Ziel LP	C.2.1.1
	Richtplanüberprüfung (RRB, B+E)					Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010	31. Dez 2010				
772	Verwaltungsinternen Entwurf	30. Nov 2012	31. Mai 2012				
383	RRB, B+E, SGB	31. Dez 2012	18. Dez 2012	RRB 2012/2448 und SGB 195/2012			
773	Anhörung Behörden	31. Mai 2013	31. Mai 2013	Anhörung Gemeinden bis 31.05.2013			
5394	Öffentliche Auflage	15. Aug 2014					
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung 2012	31. Dez 2015					

1206	Neubau Kaum. Berufsschule Solothurn				Ziel LP	C.1.1.2
	Neubau Berufsschule Solothurn				Beschluss	KRB 23.8.11
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Jun 2016
	Amt	Hochbauamt				
	Nr. Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
539	Start Wettbewerb		31. Okt 2009	31. Dez 2009		
490	Vorprojekt		31. Dez 2010	30. Apr 2011		
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)		30. Nov 2011	31. Mrz 2012		
491	Realisierung		30. Jun 2016			

1136	Neubau Fachhochschule Olten				Ziel LP	C.1.1.2
	Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone				Beschluss	KRB 27.8.08
	Status	Erledigt	Start-Datum	4. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Mrz 2013
	Amt	Hochbauamt			Ist-Termin	1. Jul 2013
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
337	RRB B+E			30. Jun 2008	30. Jun 2008	
338	Baubewilligung			31. Dez 2009	31. Dez 2009	
339	Bezug/Inbetriebnahme			13. Sep 2013	1. Jul 2013	

5130	Neubau Justizvollzugsanstalt Solothurn "im Schache"						
	Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün					Beschluss	KRB 4.3.09
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
328	RRB B+E	31. Dez 2008	31. Dez 2008				
329	Volksbeschluss	31. Dez 2009	27. Sep 2009				
751	RRB B+E Zusatzkredit	31. Mrz 2011	22. Mrz 2011				
330	Realisierung Neubau	30. Jun 2014					
752	Fertigstellung Umbauten	31. Dez 2014					

2966	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten					Ziel LP	.	
	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten					Beschluss	KRB 8.12.10	
	Status	Erledigt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Jun 2013	Ist-Termin	22. Apr 2013
	Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
759	RRB B+E, Volksbeschluss		28. Feb 2011	28. Feb 2011				
760	Fertigstellung		30. Jun 2013	22. Apr 2013				

1149	Gesamterneuerung Bürgerspital Solothurn					Ziel LP	C.3.3.3
	Sanierung Bürgerspital Solothurn					Beschluss	KRB 20.3.12
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2023	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
348	Wettbewerb durchgeführt		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
351	Vorprojekt		31. Dez 2009	30. Sep 2010			
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)		31. Dez 2010	31. Dez 2011			
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
755	Volksabstimmung		17. Jun 2012	17. Jun 2012	Vorlage angenommen		
350	Fertigstellung		31. Dez 2023				

1133	Sanierung Kantonsschule Olten					Ziel LP	C.1.1.2
	Sanierung Kantonsschule Olten					Beschluss	KRB 5.12.12
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2020	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1247	RRB / B+E		31. Dez 2012	22. Okt 2012	RRB 2012/2058		
749	Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten		31. Dez 2020				

1147	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten					Ziel LP	.
	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten					Beschluss	KRB 13.5.92
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	30. Jun 2014	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
345	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
346	Neues Bettenhaus erstellt		31. Dez 2009	31. Dez 2009			
746	Neuer Behandlungstrakt B im Rohbau erstellt		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
747	Fertigstellung Behandlungstrakt B		30. Jun 2012	30. Jun 2012			
347	Fertigstellung Umgebung		30. Jun 2014				

2969	Umbau Museum Altes Zeughaus					Ziel LP	C.3.5.1
	Umbau Museum Altes Zeughaus					Beschluss	KRB 7.5.13
	Status	In Arbeit	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2015	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
762	Wettbewerb		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
763	RRB B+E		31. Dez 2012	29. Jan 2013	RRB 2013/147 und SGB 018/2013		
764	Fertigstellung		31. Dez 2015				

5239	Heilpädagogische Sonderschulen - Übernahme Immobilien					Ziel LP	.
	Übernahme Immobilien Heilpädagogische Sonderschulen					Beschluss	RRB 2013/1318 v.
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jul 2013	Soll-Termin	31. Dez 2015	
	Amt	Hochbauamt					

1155	Olten Entlastung Region					Ziel LP	C.1.6.2
	Entlastung Region Olten, Fertigstellung					Beschluss	2TK.00342 / KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
356	Baubeginn	31. Dez 2008	31. Aug 2008				
357	Inbetriebnahme	31. Dez 2013	24. Apr 2013				
358	Bauabrechnung	31. Dez 2016					

5379	Erneuerung SBB Überführung Aarmatt				
Erneuerung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5644	Baubeginn	17. Mrz 0214			
5645	Inbetriebnahme	30. Nov 2015			
5646	Bauabrechnung	31. Mai 2016			

5370	Zuchwil Luzernstrasse, Kreisel McDonald's				
	Verkehrsmanagement				
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2019
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5658	Baubeginn	1. Jan 2017			

5150	Riedholz Sanierung Wylihofbrücke				
Sanierung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5659	Baubeginn	1. Mrz 2014			
5660	Inbetriebnahme	1. Okt 2016			

5157	Kienberg Saalstrasse Los1					
Gesamtsanierung Saalstrasse Kienberg inkl. Kunstbauten Phase I						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5400	Baubeginn	17. Mrz 2014	17. Mrz 2014			
5401	Inbetriebnahme	29. Feb 2016				
5403	Bauabrechnung	31. Mai 2016				

5145	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung 1. Phase				
Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung 1. Phase					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2016
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5404	Baubeginn	1. Okt 2014			
5406	Inbetriebnahme	1. Okt 2016			
5414	Baukostenabrechnung	31. Dez 2016			

5148 Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenberg-Wöschnau

Erneuerung SBB-Überführung Schachenstrasse Eppenberg-Wöschnau

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2016**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5411	Baubeginn	1. Aug 2015		
5412	Inbetriebnahme	1. Aug 2016		
5413	Bauabrechnung	31. Dez 2016		

5147 Olten Bahnhofplatz

Ziel LP

.

Bahnhofplatz Olten: Masterplan Bahnhof erstellen

Beschluss

.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **31. Dez 2019**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5408	Baubeginn	1. Jan 2017		
5409	Inbetriebnahme	31. Dez 2018		
5410	Bauabrechnung	31. Dez 2019		

5146 Derendingen Sanierung Hauptstrasse

Sanierung

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mrz 2017** Soll-Termin **31. Dez 2021**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5661	Baubeginn	1. Mrz 2017		

5378 Dornach Umfahrung

Ziel LP

B.1.6.2

Vorprojekt

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **1. Jan 2022**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5637	Vorprojekt	1. Jan 2018		

5380 Solothurn Sanierung Stadtmist

Ziel LP

C.2.3.2

Sanierung

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2022**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5640	Klärung Handlungsbedarf	31. Dez 2015		Untersuchung wird 2014 abgeschlossen
5641	Vorprojekt	31. Dez 2015		
5642	Bauprojekt	31. Dez 2016		
5643	Realisierung	31. Dez 2022		

1520 Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)

Ziel LP

C.1.6.3

Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan)

Beschluss

.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2010**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

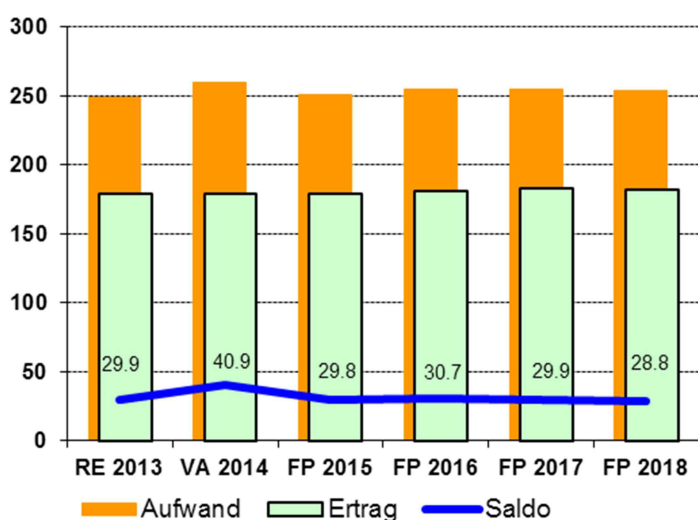
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
508	Planerische Vorabklärungen	30. Jun 2010		
510	Vorprojekt	31. Dez 2012		
511	Mitwirkungsverfahren	1. Mrz 2015		
513	Finanzierungsvorlage	1. Okt 2015		

5155	A+C) Vorgez. Hochwasserschutzdämme Aare				Ziel LP	C.2.3.1
	Vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare				Beschluss	KRB 10.12.2008
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität	30. Jun 2012	30. Jun 2012			
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität	31. Dez 2015		Die Arbeiten an den Teilstücken Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd sind abgeschlossen. Die Teilstücke Dulliken, Obergösgen und Däniken werden bis 2015 realisiert.		
5156	D2) Hochwasserschutzmassnahme Aare				Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau				Beschluss	KRB 26.02.13
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2019
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012	KRB vom 26.02.2013, SGB 198/2012		
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	9. Jun 2013		Verpflichtungskredit vom Volk am 9. Juni 2013 angenommen		
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2019				
5152	B) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme				Ziel LP	C.2.3.1
	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme Biberist-Gerlafingen				Beschluss	VB 07.03.10
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Jun 2013
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010	Volksbeschluss 7. März 2010		
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Die Realisierung wurde 2013 abgeschlossen, es stehen 2014 kleinere Nacharbeiten aus		
5655	Nacharbeiten und Abschluss Bauabrechnung	31. Dez 2014				
5153	E1) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme				Ziel LP	C.2.3.1
	Vorprojekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung				Beschluss	KRB 03.11.10
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2015
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
494	Planung Wehr Biberist - Aare	30. Jun 2015		Volksabstimmung geplant November 2015		
5092	Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2015		Die Vorbereitungsarbeiten verlaufen planmässig.		
5154	E2) Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme				Ziel LP	C.2.3.1
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung				Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2020
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2020		Aufgrund der Einschränkungen bezüglich der Investitionsplanung kann sich die Realisierung verzögern.		
1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen				Ziel LP	C.2.3.2
	Schwermetallsanierung Schiessanlagen				Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2024
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
373	Einbau Kugelfänge	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Die Einbauten der künstlichen Kugelfänge sind abgeschlossen.		
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)	31. Dez 2015				
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten	31. Dez 2024				

5242	Energiekonzept				Ziel LP	B.2.2.1
	Erarbeitung und Umsetzung des Energiekonzepts des Kantons Solothurn				Beschluss	RRB 2011/1285
	Status	In Arbeit	Start-Datum	14. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014
	Amt	Amt für Umwelt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5395	Ausarbeitung Energiekonzept	30. Jun 2014				
5396	Umsetzung Energiekonzept	31. Dez 2014		Der Vollzug zur Umsetzung des Energiekonzepts erfolgt dezentral in der ordentlichen Verwaltungsorganisation.		
1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn				Ziel LP	.
	Publikation				Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
378	Publikation	31. Dez 2017				
1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des				Ziel LP	.
	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons				Beschluss	.
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2013
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
343	Projektarbeiten gemäss Plan	31. Dez 2013	1. Dez 2013	Im Dezember 2013 sind die ersten Wohnungen bezogen worden. Die Sanierung ist abgeschlossen.		
5120	Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn				Ziel LP	.
	Ausgrabungen				Beschluss	.
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2013	Soll-Termin	1. Jun 2014
	Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5089	Start Ausgrabungen	1. Jun 2013	1. Jun 2013	erfolgt		
5647	Abschluss der Ausgrabungen	1. Jun 2014				

Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

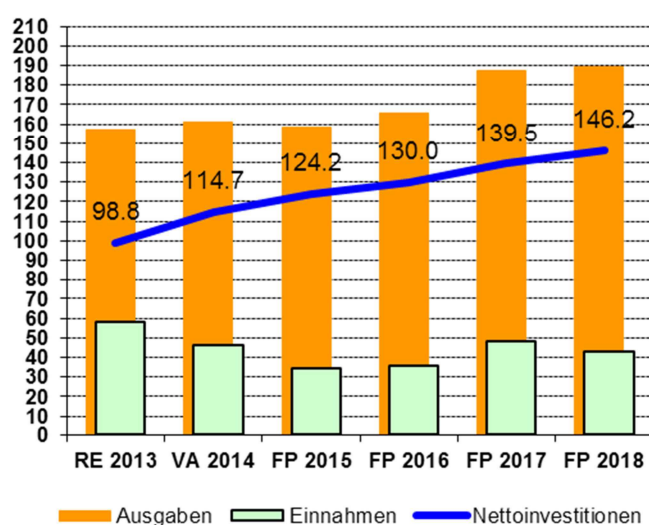
Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	177.1	184.3	179.7	180.7	181.6	181.6
Ertrag	-60.6	-56.6	-56.9	-56.8	-56.5	-56.3
Globalbudgetsaldo	116.4	127.7	122.9	123.8	125.1	125.2
Verrechnungen	-29.7	-30.4	-31.0	-31.0	-31.0	-31.0
Saldo	86.8	97.3	91.9	92.9	94.1	94.3
Finanzgrössen						
Aufwand	71.7	75.5	70.8	73.7	73.5	72.0
Ertrag	-118.1	-121.9	-121.4	-124.3	-126.0	-125.8
Verrechnungen	-10.5	-10.0	-11.4	-11.6	-11.7	-11.7
Saldo	-56.9	-56.4	-62.1	-62.2	-64.2	-65.5
Saldo total	29.9	40.9	29.8	30.7	29.9	28.8



Mit Berücksichtigung der Massnahmenpläne 2013 und 2014 bleibt die Summe der Globalbudgetsaldi auf einem Niveau unterhalb des Vorschlages 2014. Die Rechnung 2013 fiel aufgrund der bereits realisierten Sparmassnahmen, zurückgestellten Projekten sowie auch infolge einer ausserordentlichen Gutschrift zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs, deutlich günstiger als budgetiert aus. Ab 2015 führen steigende Abschreibungen und neue, nicht vermeidbare Verpflichtungen, wie z.B. die Beiträge an die BC-Wehren, zu Mehraufwendungen gegenüber der Rechnung 2013. Diese können durch Budgetkürzungen und Mehrerträge in den Finanzgrössen aufgefangen werden.

Im vorliegenden Finanzplan nicht enthalten sind die noch nicht beschlossenen und bezüglich Finanzierung nicht geklärten Projekte Altlastensanierungen „Stadtmist Solothurn“, Abfalldeponien entlang der Emme und Kugelfänge bei Schiessanlagen. Gegenüber dem Vorjahr nicht mehr berücksichtigt wurden zusätzliche Einnahmen aus den Heimfallverzichtsentschädigungen ab 2016. Ebenfalls nicht enthalten sind die noch nicht feststehenden Auswirkungen der vom Volk am 9. Februar 2014 angenommenen Vorlage FABI (ÖV).

Investitionsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total						
Ausgaben	157.0	161.1	158.5	165.4	187.6	189.3
Einnahmen	-58.2	-46.4	-34.4	-35.5	-48.0	-43.1
Nettoinvestitionen	98.8	114.7	124.2	130.0	139.5	146.2
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	16.9	26.1	40.0	52.5	62.0	62.0
Hochbau: Bildungsbauten	42.8	37.2	35.2	33.5	23.7	23.5
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.0	2.1	0.0	2.0	0.0	0.0
Kantonsstrassenbau	26.0	42.1	41.0	35.0	47.0	49.0
Öffentlicher Verkehr	10.6	4.0	3.5	4.0	3.2	3.2
Umwelt	-0.4	1.0	0.0	0.1	0.1	5.4
Wasserwirtschaft	2.4	1.8	4.1	2.6	3.2	2.8

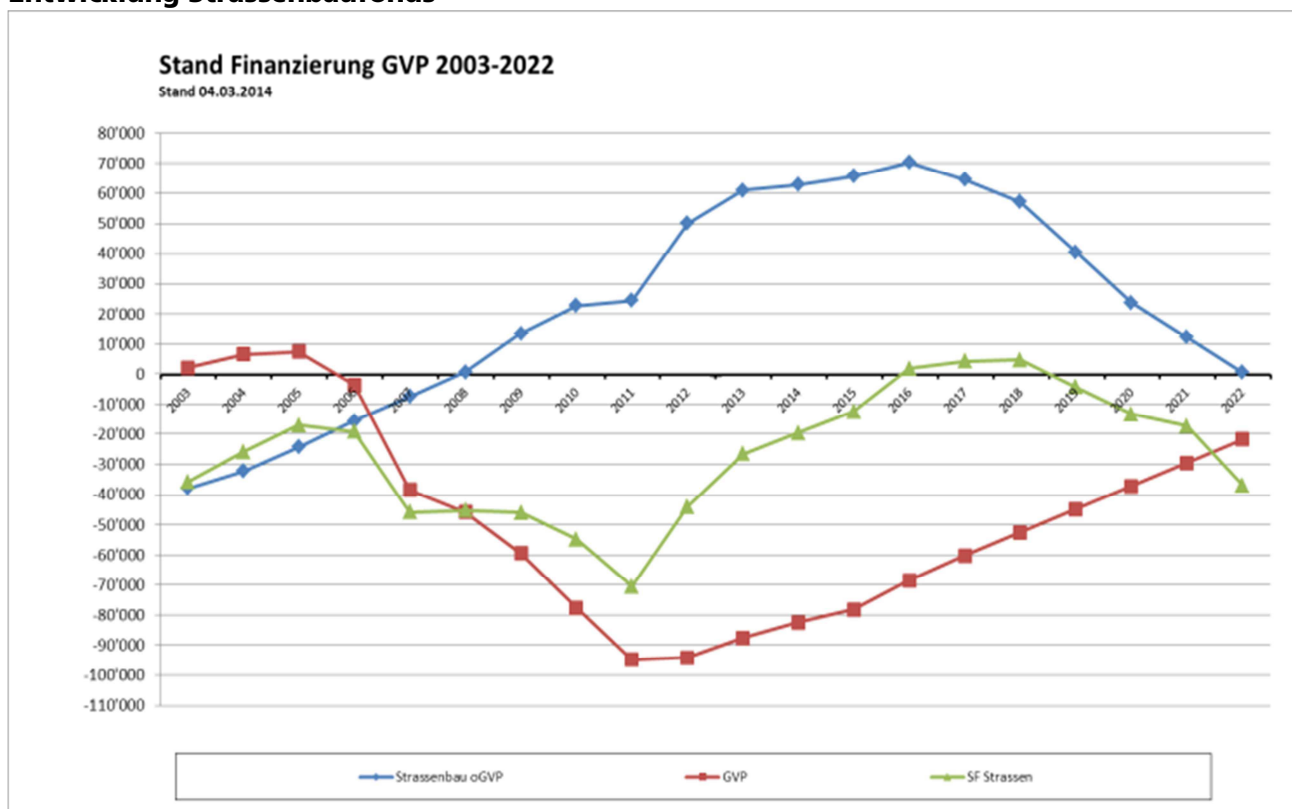


Die ausgewiesenen Nettoinvestitionen der Jahre 2016 bis 2018 liegen über der Vorgabe aus dem Massnahmenplan 2013, welcher diese auf 125 Mio. Franken plafoniert. Mit dem Einbezug der Rechnung 2013 und einer ersten Prognose 2014, in welchen die Investitionen aus nicht beeinflussbaren Gründen (z.B. Verzögerung Neubau Kaufm. Berufsschule nach Einsprachen) deutlich unter den Voranschlägen und Vorgaben blieben resp. bleiben werden, kann die Vorgabe des durchschnittlichen Nettoinvestitionsvolumens über einen Zeitraum von 6 Jahren jedoch eingehalten werden. Aufgrund der beschlossenen Realisierung des Bürgerspitals, zwingender Strassenbauprojekte und Hochwasserschutzmassnahmen kann nicht vermieden werden, dass das jährliche Nettoinvestitionsvolumen in den Jahren 2016 bis 2018 über den vorgegebenen Durchschnittswert ansteigt.

Da in den nächsten Jahren das allein durch den Kanton zu finanzierende Bürgerspital mehr als einen Drittel der Bruttoinvestitionen ausmacht, vermindern sich in der Investitionsrechnung die Einnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben.

Für den Bereich ÖV ist anzufügen, dass das Volk am 9. Februar 2014 der FABI-Vorlage zugestimmt hat. Damit ändert sich die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr. Zurzeit liegen noch keine Ausführungsbestimmungen des Bundes zur Umsetzung von FABI vor. Somit stehen auch die Auswirkungen für den Kanton Solothurn ab 2016 nicht fest, weshalb die FABI-Auswirkungen im IAFP 2015-18 noch nicht berücksichtigt werden können.

Entwicklung Strassenbaufonds



Angaben: AVT, 4. März 2014

Die Erstellung des IAFP erfolgt nach HRM2 Grundsätzen. Die Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen, somit ist beispielsweise eine moderate Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer berücksichtigt. Einfluss auf die Berechnung haben zudem die 2.5% lineare Abschreibung und die Verzinsung der Verschuldung gegenüber dem allgemeinen Haushalt.

Die Regierung hat im Massnahmenplan 2013 die Plafonierung der Investitionen im BJD von 125 Mio. Franken für den Finanzplan 2015-2018 beschlossen. Grosse bewilligte Vorhaben wie z.B. der Spitalneubau, verbunden mit der Plafonierung der Investitionen, haben zur Folge, dass anstehende Kantonsstrassenprojekte zurückgestellt werden müssen resp. frühestens ab 2020 realisiert werden können. In diesem Zeitraum kumulieren sich die Vorhaben Dornach (ca. 20 Mio. Franken, 2020-2023) und Klus Balsthal (ca. 54 Mio. Franken, 2019-2022) mit den auf diesen Zeitpunkt verschobenen Sanierungs- und Ausbauprojekte.

Die auf einen Zeitpunkt nach 2018 verschobenen Projekte beinhalten einen Anteil Substanzerhalt von ca. 40 Mio. Franken. Damit reduziert sich die Zielgrösse von 2.2%, bezogen auf den Wiederbeschaffungswerts der Anlagen für den baulichen Unterhalt, auf durchschnittlich 1.79%.

Aufgrund des Aufschubes einiger Projekte sowie der Sparmassnahmen im Bereich Strassenunterhalt auf die Jahre nach 2018 entwickelt sich der Fonds im Berichtszeitraum entgegengesetzt. Das Verkehrsmanagement Gäu (ca. 6 Mio. Franken) mit geplantem Umsetzungshorizont 2016-2018 muss auf die Jahre 2019-2021 verschoben werden.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber nach 20 Jahren, d.h. im Jahr 2022.

Der Zuschlag auf der Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird nach neusten Prognosen voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 21.2 Mio. Franken bestehen.

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Qualität der Bildung auf allen Stufen sichern

- 1.2.1 Zweckmässige Infrastruktur für die kantonalen Schulen sichern
- 1.2.2 Qualität der gymnasialen Bildung sichern

1.3 Bildungsbarrieren abbauen und Bildungspotenziale fördern

- 1.3.1 Berufliche Qualifikation Erwachsener fördern (Nachholbildung)

1.4 Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Stufen verstärken

- 1.4.1 Lehrplan 21 einführen
- 1.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz
- 1.4.3 Zugang zur Höheren Berufsbildung sichern

3.4 Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.4.1 Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.
- Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen (Checks).

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Der zweite Bildungsbericht Schweiz liegt vor. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und Kantone in Ausführung von Artikel 61 a Absatz 1 der Bundesverfassung lanciert haben. Ziel ist ein

Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben, die auf Bundesebene durch das Sportförderungsgesetz geregelt werden. Das Gesetz wurde erneuert und auf den 1.10.2012 in Kraft gesetzt. Darin wurde u. a. das Jugend und Sport Alter auf 5 bis 20 Jahre festgelegt. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Der Kanton Solothurn soll ein attraktives und zeitgemässes Museum bekommen, das im ganzen Kanton und darüberhinaus bekannt ist. Das Museum Altes Zeughaus hat hierfür grosses Potenzial. Die Massnahmen für den Umbau und die Innensanierung verfolgen das Ziel, einen effizienten und attraktiven Museumskonzept zu ermöglichen. Der Kantonsrat hat am 7.1.2013 mit SGB 018/2013 den Verpflichtungskredit für den Umbau und die Innensanierung beschlossen.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. CHF).

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

714	Bildungsraum Nordwestschweiz	Ziel LP	B.1.4.2.
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E	Beschluss	RRB 2013/483
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2008 Soll-Termin 1. Aug 2015		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5292	Ausbildung Lehrpersonen Sek I: Modell Dreifach-Master mit flexibler Erweiterung.	31. Aug 2013	31. Aug 2013 Ausbildung läuft.
320	Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss	31. Aug 2014	
982	Familien fördern	Ziel LP	keine
	Standardisierte Produkte auch im Kt SO einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel: Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule bewusst zu halten und	Beschluss	RRB 2004/2317
	Status Erledigt Start-Datum 1. Jan 2004 Soll-Termin 1. Aug 2013		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
322	Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind	31. Aug 2012	31. Aug 2012 Erledigt
5312	Förderung in Deutsch vor der Einschulung. Publikation Praxisbuch.	31. Dez 2013	31. Dez 2013 Das Praxisbuch ist publiziert.
693	Frühenglisch	Ziel LP	keine
	Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio., Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.	Beschluss	SGB 095/2006
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2005 Soll-Termin 31. Dez 2015		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5313	Start Englisch ab der 5. Klasse.	31. Aug 2013	1. Aug 2013 Englisch in der 5. Klasse ist gestartet.
5545	Projektfortführung gemäss Projektplan.	31. Aug 2014	
319	Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	31. Dez 2015	

691	Frühfranzösisch					Ziel LP	keine
	Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio. Franken					Beschluss	SGB 095/2006
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5314	Projektfortführung gemäss Projektplanung		31. Dez 2013	31. Dez 2013	Projekt läuft gemäss Planung.		
169	Französisch ab 3. Primarschulklasse ist abgeschlossen. Französisch im 3. und 4. Schuljahr der Primarschulklasse ist eingeführt.		31. Dez 2014	31. Dez 2013	Französisch ab der 3. Primarschulklasse ist eingeführt. Erledigt.		
696	HarmoS					Ziel LP	B.1.4.
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen.					Beschluss	RRB 2009/2450
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	1. Aug 2015	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
302	Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten. Erhebung Verschiebungsentscheide in der 2. Hälfte 2013.		31. Jul 2013	31. Jul 2013	Die Erhebung war nicht nötig. Erledigt.		
5576	Hängt mit dem Lehrplan 21 zusammen. Keine zusätzlichen Ziele für 2014.		31. Dez 2014				
702	Integration					Ziel LP	keine
	Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, deren Förderung im Regelklassenunterricht allein nicht erbracht werden kann, mit Massnahmen der Speziellen Förderung (Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes [BehiG]).					Beschluss	RRB 2011/227
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Aug 2014	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1197	Projekt Schulversuch 2011-2014		1. Aug 2014	1. Jan 2014	Leitfaden Spezielle Förderung z. H. der Schulen per 1.1.2014 erarbeitet.		
5573	Neuer Schulversuch bis zum 1.8.2018 gem. KRB Nr. AD 195/2013 vom 11.12.2013.		1. Aug 2018				
986	Lehrplan 21					Ziel LP	B.1.4.1. Lehrplan
	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.					Beschluss	RRB 2010/931
	Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5315	Öffentliche Vernehmlassung und Erhebung der kantonalen Rückmeldungen an die D-EDK		31. Dez 2013	31. Dez 2013	Die Ergebnisse der Vernehmlassung wurden ausgewertet und vom Regierungsrat am 14.1.2014 zur Kenntnis genommen.		
323	Gemäss Projektplan D-EDK. Freigabe des Lehrplans an die Kantone zur Zustimmung.		31. Jul 2015				

687	Sekundarstufe I Reform					Ziel LP	keine
	Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule.					Beschluss	RG 027/2006
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Aug 2012	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1130	Evaluation Sek P planen und durchführen	31. Dez 2012	31. Dez 2012	in Arbeit; Planung 2013, Durchführung 2015			
5298	Start profilierte 3. Sekundarschule B/E	31. Dez 2013	1. Aug 2013	Die profilierte 3. Sekundarschule B/E ist gestartet.			
1195	<i>Nachfolgeregelung 10. Schuljahr; als Folge der Reform sind die heutigen freiwilligen 10. Schuljahre abzulösen</i>	31. Jul 2014	31. Dez 2013	<i>Per 31.12.2013 erledigt.</i>			
1196	<i>Die Reform ist abgeschlossen und umgesetzt</i>	31. Dez 2015	31. Dez 2013	<i>Per 31.12.2013 erledigt. Es handelt sich nur um die rechtlich definierte Übergangsfrist.</i>			
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts					Ziel LP	keine
	Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen					Beschluss	Eingabe SIKO
	Status	Sistiert	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Jul 2014	
	Amt	Amt für Volksschule und Kindergarten					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
321	<i>Abhängig vom Projekt Lehrplan 21; gem. Projektplanung weiterbearbeiten</i>	31. Dez 2015					
704	Case Management Berufsbildung					Ziel LP	keine
	Prävention von Jugendarbeitslosigkeit					Beschluss	RRB 2007/1202
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2010	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5347	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gem. Vorgaben BBT und Zwischenbericht Evaluation	31. Dez 2013	31. Dez 2013				
5546	<i>Weiterentwicklung des Case Managements; Abschluss Evaluation und Entscheid über weiteres Vorgehen</i>	31. Dez 2014					
712	Einführung bilingualer Unterricht					Ziel LP	keine
	Die zweisprachige Maturität an den Kantonsschulen ist möglich.					Beschluss	RRB 2002/1696
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	1. Aug 2010	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5348	Konzept bilinguale Maturität an der Kantonsschule Solothurn soll Ende 2013 vorliegen.	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Konzept ist verabschiedet und die Rahmenbedingungen für die Führung der Klassen sind geklärt. Die Weiterbildung der Lehrpersonen ist gestartet.			
5547	<i>Aufnahmeverfahren durchführen und analysieren. Das Gesuch um Anerkennung bei der EDK einreichen. Erfolgreicher Start erster Klasse.</i>	31. Dez 2014					
984	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren					Ziel LP	B.1.3 Integration
	Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen.					Beschluss	RRB 2007/459
	Status	Erledigt	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
290	Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern	31. Jul 2013	31. Jul 2013	Seit 2008 wird der Zugang zu inner- und ausserkantonalen Bildungsangeboten (Höhere Fachschulen, Vorbereitung auf höhere Berufs- und Fachprüfungen) finanziell unterstützt.			

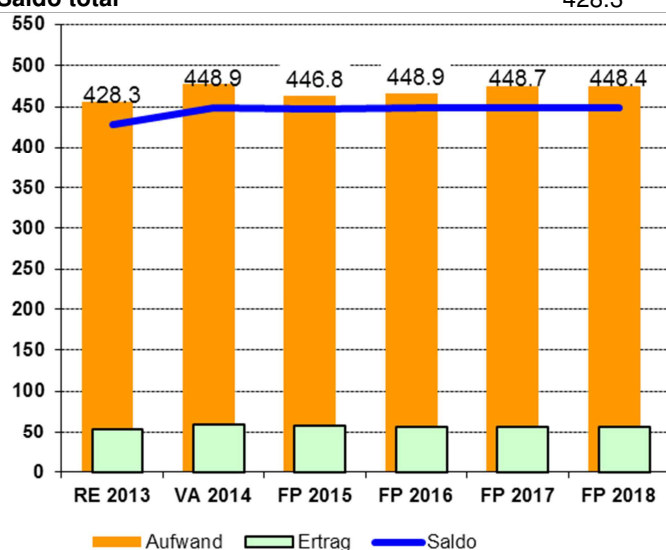
988	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen				Ziel LP	B.1.3.
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013	
Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1128	Anzahl Lehrverhältnisse weiter erhöhen, Brückenangebote einführen.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	Anzahl Lehrverhältnisse auf neuem Höchststand. Integrationskurse wurden neu konzipiert.		
292	Kontinuierliche Verbesserung der Abschlussquote Sek II (Richtwert BBT 95%).	31. Jul 2013		Die Zahlen des BfS liegen noch nicht vor.Trotz der rückläufigen demografischen Entwicklung hat sich die Anzahl Lehr-, Anlehr- und Vorlehrverhältnisse auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert.Demzufolge gehen wir vom Anstieg der Abschlussquote Sek 2 aus.		
5549	Einführung neu konzipiertes Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	31. Dez 2014				
5348	Qualität der gymnasialen Bildung sichern				Ziel LP	B.1.2.2 Qualität
Ausarbeitung und Erlass eines neuen kantonalen Lehrplans für das Gymnasium. Einführung von sogenannt harmonisierten Maturitätsprüfungen (einheitliche, validierte Prüfungen) sowie von Querschnittsprüfungen ('Gemeinsames Prüfen' je Fach) an den Gymnasien.						
Status	In Arbeit					
Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5574	Kantonalen Lehrplan Gymnasium sowie harmonisierte, validierte Maturitätsprüfungen einführen	31. Dez 2014				
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert				Ziel LP	keine
Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert bearbeiten					Beschluss	RRB 2005/160
Status	In Arbeit	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Dez 2017	
Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1136	Produktion Band 20. Jahrhundert gemäss Planung.	31. Dez 2012	31. Dez 2012	gemäss Planung		
5301	Detaillkonzepte für Band 20. Jh. liegen vor. Autorenaufräge sind erteilt.	31. Dez 2013		Zwischenberichte der Autoren mit Textproben treffen ein. Ablieferungstermin Texte ist noch offen.		
203	Gesamtwerk wird 2017 abgeschlossen (RRB 2011/2348 vom 15.11.2011).	31. Dez 2017				
5553	Textproben der Autoren werden besprochen und bearbeitet.	31. Dez 2014				
996	Vermittlung von kantonalen Geschichte als Teil der Kulturpflege					
Schaffung eines Netzwerkes für den Umgang mit Geschichte und mobilem Kulturgut.					Beschluss	SGB148/2009
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Jul 2013	
Amt	Amt für Kultur und Sport					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
690	Museumserneuerung Schloss Waldegg: FIKO Sparbeschluss vom 16.11.11 SGB 1248/2011 Projektausführung muss verschoben werden ausser die Projektfinanzierung ist durch Spenden möglich. Dank der Gemeinde Feldbrunnen und privater Stiftungen Start der Erneuerung	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Die Projektausführung wurde mit Unterstützung der Standortgemeinde und Beiträgen von Stiftungen		

716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus	Ziel LP	keine	
	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus Neugestaltung der Dauerausstellung, Umbau und Innensanierung.	Beschluss	RRB	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2010 Soll-Termin 30. Jun 2016			
	Amt Amt für Kultur und Sport			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5310	Kreditbewilligung liegt vor und Baukommission ist eingesetzt.	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Der Kantonsrat hat mit Beschluss Nr. SGB 0182013 am 7. 5.2013 den Verpflichtungskredit für den Umbau und Innensanierung bewilligt. Die Planungsarbeiten wurden aufgenommen.
5550	Start der Umbauarbeiten am 1.10.14, Depot Burrisgraben ist eingerichtet und funktionsfähig, für die Neugestaltung der Dauerausstellung ist die Ausführung geklärt und die Restfinanzierung in Bearbeitung.	31. Dez 2014		

724	Zentralbibliothek Solothurn	Ziel LP	B.3.4.1	
	Investitionen sind zu ermöglichen (Sanierungen, Digitalisierung, Ergänzung Magazinrakt) und es ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn sicherzustellen.	Beschluss	SGB 118/2013	
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2005 Soll-Termin 31. Jul 2017			
	Amt Amt für Kultur und Sport			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5311	Stiftungsrat erneuert und Verhandlungen Leistungsvereinbarung Partner sind angelaufen.	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Erledigt.
5551	Vorbereitung der Leistungsvereinbarungen.	31. Dez 2014		

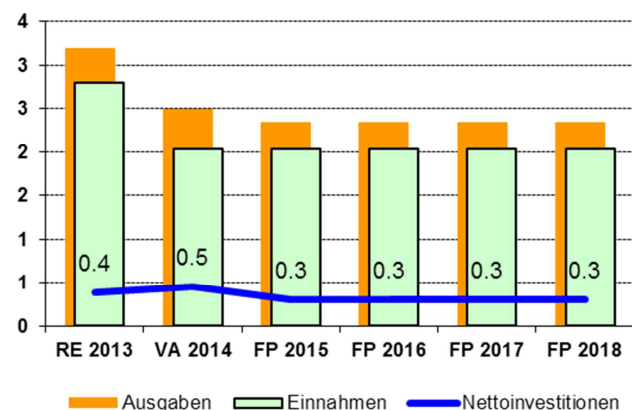
Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	193.9	223.6	216.3	213.5	212.1	210.0
Ertrag	-45.9	-50.6	-49.9	-49.0	-48.4	-48.2
Globalbudgetsaldo	148.0	173.0	166.4	164.4	163.6	161.8
Verrechnungen	27.7	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
Saldo	175.7	203.0	196.4	194.4	193.6	191.8
Finanzgrössen						
Aufwand	260.7	253.8	258.3	262.2	262.5	264.1
Ertrag	-8.4	-8.2	-8.2	-8.0	-7.8	-7.8
Verrechnungen	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	252.6	245.9	250.4	254.5	255.1	256.6
Saldo total	428.3	448.9	446.8	448.9	448.7	448.4



Der Anstieg zwischen den Jahren 2013 und 2014 ist hauptsächlich zurückzuführen auf: Beiträge an Gemeinden an Lehrerbildungen (Fortführung Frühfranzösisch, Einführung Frühenglisch, Leistungschecks, regionale Kleinklassen), Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, höhere Schulgelder aufgrund von mehr Studierenden sowie den höheren Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz gemäss vierkantonalem Leistungsauftrag.

Investitionsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total						
Ausgaben	3.2	2.5	2.3	2.3	2.3	2.3
Einnahmen	-2.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.4	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
IT-Kantonsschulen	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
IT-Berufsschulen	0.2	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben sowie die Kantonale Pensionskasse (PKSO). Alle Dienststellen mit Ausnahme der PKSO werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1. Gleichgewicht des Finanzhaushaltes wieder herstellen

1.1.1 Haushaltsgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Nachdem der Kantonsrat in seiner März-Session dem Massnahmenplan 2014 zugestimmt hat, erwarten wir in der Planungsperiode eine merkliche Verbesserung der Finanzlage.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bereits im Jahr 2017 kann nach der vorliegenden Planung aber noch nicht ganz erreicht werden, weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren notwendig sein. Das liegt einerseits daran, dass neue Belastungen in den IAFP 2015-18 aufgenommen werden mussten (Zinsanteil an der Ausfinanzierung der Pensionskasse von ca. 13 Mio. Fr., Beitrag des Kantons an den neuen innerkantonalen Finanzausgleich ab 2016 von rund 15 Mio. Fr.). Andererseits sind im Massnahmenplan 2014 auch Massnahmen enthalten, welche sich wohl auf die Erhaltung des freien Eigenkapitals, nicht aber auf die Erfolgsrechnung auswirken (BJD_K17 Breitere Verwendung Erträge Wasserwirtschaft, RR_M1 Befristeter Verzicht auf Lohnrunden). Zudem umfasste das ursprüngliche Massnahmenpaket ein Verbesserungspotential von 150 Mio. Fr, von denen bis im Jahr 2017 schlussendlich 115 Mio. Fr. realisiert werden können.

Im IAFP sind überdies verschiedene Zukunftsrisiken nicht abgebildet, weil sie sich finanziell noch nicht abschliessend quantifizieren lassen: Anpassungen beim Nationalen Finanzausgleich aufgrund des Wirksamkeitsberichts (Reduktion der Dotation Ressourcenausgleich), Unternehmenssteuerreform III (USR III), welche zu einer deutlichen Reduktion der Steuereinnahmen bei juristischen Personen führen wird sowie Mehrkosten im Altlastenfonds (Altlastensanierung „Stadtmist“, Kugelfänge Schiessanlagen, etc.).

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Der Kanton Solothurn wurde durch die Ratingagentur Standards & Poor erneut mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den

verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5115	Amtschreiberei-Verordnung					Ziel LP	-
	Die Amtschreibereiverordnung den neuen Strukturen anpassen					Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2012	Soll-Termin	31. Mrz 2013	Ist-Termin	1. Aug 2013
Amt	Departementssekretariat FD+ASI						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5337	Entwurf der VO	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Verordnungsentwurf erstellt			
5076	Inkrafttreten	30. Jun 2013	1. Aug 2013	RRB Nr. 2013/833 vom 14. Mai 2013. Inkrafttreten am 1. August 2013			

5360 **Publikation Amtsblatt für GB und EA**

Auf die Publikation von Geschäften des Grundbuch- und Erbschaftsamtes im Amtsblatt soll künftig verzichtet werden. Teilrevision des EG ZGB in Bezug auf die Publikationspflicht.

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2014

Soll-Termin

1. Jan 2016

Amt

Departementssekretariat FD+ASI

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5604	Verzicht Publikation - Machbarkeit prüfen	31. Dez 2014		
5605	Teilrevision EG ZGB - Gesetzesentwurf	30. Jun 2015		
5606	Vernehmlassung EG ZGB	30. Sep 2015		
5607	RRB und KRB	31. Dez 2015		
5608	Inkrafttreten	1. Jan 2016		

1263	Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse					Ziel LP	-
	Deckungsgrad Pensionskasse erhöhen; Pensionskassengesetz und Vorsorgereglement erarbeiten und in Kraft setzen.					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	24. Feb 2011	Soll-Termin	1. Jan 2015		
Amt	Departementssekretariat FD+ASI						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1203	Vernehmlassung des Gesetzesentwurfs	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Vernehmlassung wurde durchgeführt.			
5072	RRB und KRB	30. Jun 2014					
1204	Inkraftsetzung des Gesetzes	1. Jan 2015					

5358	Ruhegehaltsordnung Regierungsrat				
Anpassen der Ruhegehaltsordnung an die neue Rechtsgrundlage.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	1. Jan 2015
Amt	Departementssekretariat FD+ASI				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5595	Entwurf Ruhegehaltsordnung	31. Mrz 2014			
5598	Vernehmlassung der Ruhegehaltsordnung	30. Jun 2014			
5596	RRB und KRB	30. Jun 2014			
5597	Inkrafttreten	1. Jan 2015			

5218 Totalrevision Gebührentarif

Totalrevision des Gebührentarifs. Den Aufbau des Gebührentarifs neu strukturieren und wo erforderlich Gebührenanpassungen vornehmen. Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **1. Jan 2015**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5599	Lexwork-Kompatibilität prüfen	31. Mrz 2014		
5334	Entwurf Gebührentarif	30. Jun 2014		
5335	Vorlage B+E erstellen	30. Sep 2014		
5336	Inkrafttreten	1. Jan 2015		

5220 Ablösung Grundbuch-Anwendung

Die heutige Grundbuch-Anwendung ISOV GB V5 soll mit einer neuen Software abgelöst werden, die sich auf dem Markt bewährt hat und die sowohl die Vorgaben des Bundes als auch unsere Bedürfnisse abdeckt. Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2012** Soll-Termin **30. Jun 2015**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5338	Kreditbewilligung	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Bewilligt mit RRB 2013/632 vom 02.04.2013 und KRB SGB 067/2013 vom 26.06.2013
5340	Datenmigration ISOV in neue Anwendung	31. Mrz 2014		
5578	Testphase abschliessen	30. Sep 2014		
5579	Schulung	30. Sep 2014		
5341	Produktivbetrieb	31. Dez 2014		
5580	Systemabnahme	31. Dez 2014		
5581	Realisierung Erweiterungen	30. Jun 2015		

5222 Ressort Betreibungen von Steuerschulden

Die Zusammenarbeit zwischen Betreibungsamt und Steueramt überprüfen und allenfalls neu organisieren, mit dem Ziel den Betreibungserfolg von Steuerschulden zu erhöhen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2012** Soll-Termin **30. Jun 2015**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5349	Zusammenarbeit BA und KSTA neu regeln	31. Mrz 2014		
5622	Pilotbetrieb	30. Jun 2014		
5623	Zwischenbericht und Umsetzungsentscheid	30. Sep 2014		
5624	Erfolgskontrolle	30. Jun 2015		

5359 Gesetz über Einwohner- + Stimmregisterplattform

Ein Gesetz erarbeiten zur Führung einer kantonalen Datenplattform.

Status **In Arbeit** Start-Datum **31. Dez 2013** Soll-Termin **1. Jan 2015**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5600	Entwurf Gesetz	31. Mrz 2014		
5601	Vernehmlassung Gesetz	31. Mrz 2014		
5602	RRB und KRB	30. Jun 2014		
5603	Inkrafttreten	1. Jan 2015		

5116	Massnahmenplan 2013				Ziel LP	B.1.1.1
	Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.				Beschluss	-
	Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Mrz 2013		
	Amt	Amt für Finanzen			Kategorie	MP 2013
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5358	Controlling-Konzept erstellen	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Konzept erarbeitet und eingeführt.		
5359	1. Bericht mit SemB 2013	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Erste Berichterstattung an RR vorgenommen		
5360	2. Bericht mit GesB 2013	31. Mrz 2014				

815	Änderungen WoV-Gesetzgebung					Ziel LP	LP:	
	Transparente und zeitgemässe Rechnungslegung					Beschluss	Beschluss:	
	Status	Erledigt	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	31. Mrz 2013	Ist-Termin	31. Mrz 2013
	Amt	Amt für Finanzen						
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1206	Geschäftsbericht 2012 nach HRM2			31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Geschäftsbericht 2012 erfolgreich nach HRM2 erstellt		

5168

Gemeinderegister,GERES Plattform

Aufbau und Betrieb eines kantonalen Einwohnerregisters (enthaltend Personenregister, Voterregister, Adressregister).

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2013

Soll-Termin

31. Mrz 2015

Amt

Amt für Finanzen

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5352	Personenregsitler (Betrieb)	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Betrieb des Moduls Personenregister aufgenommen
5353	Voterregister (Betrieb)	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Den Betireb des Moduls aufgenommen
5355	Datenschutz Personenregister/Plattform	30. Sep 2013	31. Dez 2013	Vernehmlassungsentwurf ausgearbeitet
5356	Einführungsentscheid Firmenregister	31. Mrz 2014		
5354	Adressregister (Betrieb)	31. Dez 2014		
5357	Einführungsentscheid Objektregister	31. Mrz 2015		

5225

Fonds-Verrechnung zu Vollkosten

Fonds-Verrechnung der Verwaltung zu Vollkosten.

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2013

Soll-Termin

31. Mrz 2014

Amt

Amt für Finanzen

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5361	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013	30. Sep 2013	Erhebung der Daten abgeschlossen
5362	Detaillkonzept erarbeiten	30. Jun 2013	31. Dez 2013	Grundlagen erarbeitet
5363	RRB	30. Sep 2013		Das Reporting erfolgt im Rahmen des Controlling zum Massnahmenplan 13. Die Erstellung eines RRBs entfällt.
5364	Umsetzung mit VA 2015	31. Mrz 2014		

5226	Review SAP-Strategie				
	Die bestehende Strategie SAP als zentrales Rechnungswesentool überprüfen.				
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Mrz 2014
Amt	Amt für Finanzen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5365	Analyse	30. Jun 2013	30. Sep 2013	Analyse des SAP-Einsatzes in der Verwaltung abgeschlossen	
5366	Strategie anpassen	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Strategie angepasst	
5367	RRB für angepasste Strategie	31. Mrz 2014			

5227 Kreditorenprozess zentralisieren

Rationalisierung der Verbuchung im SAP indem der Kreditorenprozess kantonsweit zentralisiert wird und die Prozesse optimiert und automatisiert werden. Ersetzen der Papierrechnung durch e-rechnung.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2013**

Amt **Amt für Finanzen**

Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5368	Analyse und Erhebung	31. Mrz 2013	30. Mrz 2013	Daten erhoben und analysiert.
5369	Grobkonzept und RRB	31. Dez 2014		Arbeiten wurden verschoben, da diese abhängig sind vom Kreditoren-Workflow, dessen Einführung ab 2014 geprüft wird.
5370	Umsetzung	31. Dez 2015		

581 Flexibler Altersrücktritt

Ziel LP kein

Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt erarbeitet

Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **16. Dez 2011** Soll-Termin **30. Sep 2013**

Ist-Termin **30. Sep 2013**

Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1207	Instruktion der Anstellungsbehörden	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Instruktion ist erfolgt.
693	Einführung bei Schulen und Spitäler AG	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Die Einführung wurde umgesetzt.

496 Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage

Zufriedenheitsgrad der Mitarbeitenden bekannt und Optimierungsmassnahmen umgesetzt

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2014**

Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
412	3. MAZ durchgeführt	31. Dez 2013		Die Befragung wurde verschoben bis nach der Umsetzung des Massnahmenplanes 14. Anstelle desse wurde im 2013 eine Mitarbeitendenumfrage in Zusammenarbeit mit der Firma Ecoplan zu Sparvorschlägen für den Massnahmenplan 14 durchgeführt.
413	3. MAZ ausgewertet	30. Jun 2014		Erfolgt erst nach der Mitarbeitendenzufriedenheitsbefragung.
514	Massnahmen aus 3. MAZ definiert	31. Dez 2014		Erfolgt erst nach der Auswertung zur Umfrage.
415	Berichterstattung über 3. MAZ an RR	30. Sep 2015		

1285 Optimierung Mitarbeitendengespräch

Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **30. Sep 2014**

Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5104	Überarbeitete Mitarbeitendengespräche eingeführt	31. Jan 2012	31. Jan 2012	Neues Formular Beurteilungs- und Entwicklungsgespräch (BEG) erstellt und mit RRB 2012/176 vom 31.01.2012 eingeführt.
2881	1. Audit zum neuen System durchgeführt	30. Sep 2014		

5223 AHV-Ersatzrente

Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter.
Umsetzung der Massnahme FD_9 aus dem Massnahmenplan 2013.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **31. Dez 2014**

Amt **Personalamt**

Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5350	Lösungsvarianten	30. Sep 2013	30. Sep 2013	Lösungsvarianten erarbeitet und in der KoKo verabschiedet.
5351	Beschluss Neuregelung	31. Dez 2014		

5364 Organisationsentwicklung im Steueramt

Eine Organisationsentwicklung im Steueramt durchführen mit dem Ziel die Veranlagungsbehörde von Grenchen nach Solothurn zu verlegen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **30. Sep 2014**

Amt **Steueramt**

Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5632	Konzept erarbeiten	31. Mrz 2014		
5633	Freigabe Verordnung	30. Jun 2014		
5634	Konzept umgesetzt	30. Sep 2014		

5228 Teilrevision Steuergesetz (2015)

Teilrevision des Steuergesetzes zur Umsetzung des Bundesrechts. Lotteriegewinne, Pauschalbesteuerung, Aus- und Weiterbildungskosten sowie Erhöhung Personalsteuer (MP 14).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2013** Soll-Termin **1. Jan 2016**

Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5371	Vernehmlassungsentwurf	30. Jun 2014		
5372	B + E an Kantonsrat	31. Dez 2014		
5373	Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2015		
5374	Vollzugsgesetzgebung	30. Sep 2015		
5375	Inkrafttreten	1. Jan 2016		

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2017**

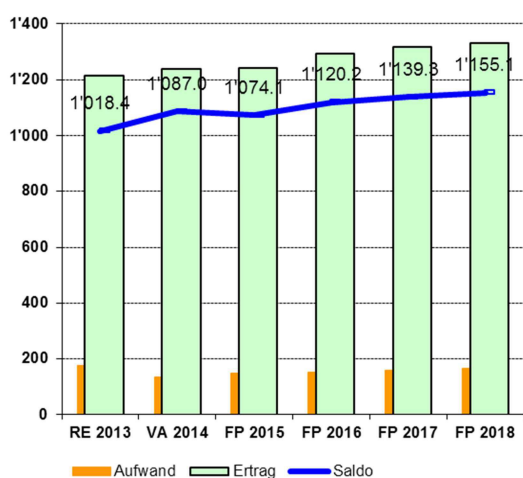
Amt **Steueramt**

Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung	30. Jun 2014		
5626	Konzept für Neubewertung	31. Dez 2014		
5627	Vernehmlassungsentwurf	31. Mrz 2015		
5628	B+E an Kantonsrat	30. Sep 2015		
5629	KR-Beschluss	31. Mrz 2016		
5630	Volksabstimmung	30. Sep 2016		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2017		

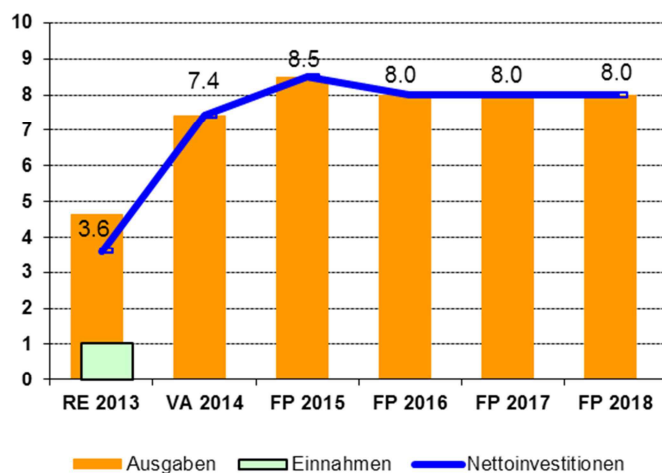
Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	82.0	85.6	85.4	85.4	85.4	85.4
Ertrag	-58.9	-57.3	-58.3	-58.4	-58.4	-58.4
Globalbudgetsaldo	23.1	28.3	27.1	27.0	27.0	27.0
Verrechnungen	-5.9	-7.8	-7.8	-7.8	-7.8	-7.8
Saldo	17.2	20.5	19.3	19.3	19.2	19.2
Finanzgrössen						
Aufwand	92.4	46.8	61.4	66.3	72.1	78.9
Ertrag	-1'155.3	-1'180.7	-1'182.9	-1'234.5	-1'257.8	-1'274.5
Verrechnungen	27.3	26.4	28.2	28.7	27.2	21.3
Saldo	-1'035.6	-1'107.5	-1'093.3	-1'139.5	-1'158.4	-1'174.3
Saldo total	-1'018.4	-1'087.0	-1'074.1	-1'120.2	-1'139.3	-1'155.1



In der Erfolgsrechnung ist bei den Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage in den nächsten Jahren mit leicht steigenden Mehrerträgen zu rechnen. Weiter geht man im Finanzplan davon aus, dass die SNB im 2015 auf eine Auszahlung eines Gewinnanteils verzichten wird. Ab 2016 wird wieder mit einer Auszahlung gerechnet. Ausgabenseitig ist aufgrund der prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung in den Folgejahren wieder mit höheren Zinskosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total						
Ausgaben	4.6	7.4	8.5	8.0	8.0	8.0
Einnahmen	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.6	7.4	8.5	8.0	8.0	8.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie	4.4	7.4	8.5	8.0	8.0	8.0



Mit der Einführung von HRM2 und der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Die übrigen Projekte werden ab 2012 in der Erfolgsrechnung AIO geführt.

Im 2013 haben grössere Informatikprojekte zeitliche Verzögerungen erfahren, was zu einer Verschiebung der Ausgaben ins Folgejahr führte. Der erhöhte Investitionsbedarf ab 2015 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den End of Life Zyklus erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

2. Soziale Sicherheit

Die Präambel der Kantonsverfassung verdeutlicht, dass es eine Gesellschaftsordnung anzustreben gilt, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit der Menschen dient. Nach Art. 22 Kantonsverfassung strebt der Kanton ergänzend zur privaten Initiative und Verantwortung danach, im Rahmen der Zuständigkeitsordnung und der finanziellen Möglichkeiten die Sozialziele zu erreichen. Entsprechend gilt es gemäss § 1 des Sozialgesetzes:

- Die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbstständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut und soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern;
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen;
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überleben zu gewähren;
- den Missbrauch von Leistungen zu verhindern und bekämpfen.

Administrativ angegliedert ist die Verwaltung von Lotterie- und Sportfonds.

3. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten sowie Prävention und Repression im Strassenverkehr. Prävention, Polizeipräsenz und rasche Interventionen im öffentlichen Raum dienen der Abwehr von Gefahren. Weiter zählt zur öffentlichen Sicherheit der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in der Justizvollzugsanstalt (Schöngrün, Im Schache) und in den Untersuchungsgefängnissen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- 3.1.2 Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren
- 3.1.3 Langzeit-Pflegebedarf bewältigen
- 3.1.4 Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren
- 3.1.5 Sozialkosten dämpfen
- 3.1.6 Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

- 3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen
- 3.2.2 Spitalversorgung Nordwestschweiz (Kantone AG, BL, BS und SO) evaluieren
- 3.2.3 Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren
- 3.2.4 Zeitpunkt und Modalitäten der Immobilienübertragung auf die soH festlegen

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.1 Prävention optimieren
- 3.3.2 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern
- 3.3.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken
- 3.3.4 Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen
- 3.3.5 Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Gesundheit

Aufgrund des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen folgte der Kantonsrat am 18. Dezember 2013 dem Antrag der SOGEKO, die Budgetposition Krebsregister aus dem Voranschlag 2014 zu streichen. Das geplante Bundesgesetz sieht folgende Arbeitsteilung zwischen Kanton und Bund vor: Die kantonalen Krebsregister sind für die korrekte Registrierung der übermittelten Mindest- und Zusatzdaten sowie deren Ergänzung mit Todesdatum und Todesursachen zuständig, die nationale Krebsregistrierungsstelle stellt die gesamtschweizerische Zusammenführung der registrierten Daten sowie deren Auswertung und Weitergabe an Dritte sicher. Der Aufbau des Solothurner Krebsregisters ist sistiert bis die gesetzlichen Grundlagen des Bundes geschaffen sind bzw. absehbar ist, wann die Krebsregistrierungsstelle des Bundes ihren Betrieb aufnehmen wird und welche Daten im Krebsregister erfasst werden müssen. Ebenfalls sistiert ist die Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn, da gemäss Auftrag des Kantonsrats vor dessen Einführung ein Krebsregister geschaffen werden soll. Diese Sistierung entspricht insofern dem aktuellen Stand der medizinischen Erkenntnisse als der Swiss Medical Board aufgrund seiner Untersuchungen am 2. Februar 2014 empfohlen hat, keine neuen systematischen Mammografie-Screening-Programme einzuführen und alle Formen des Mammografie-Screenings bezüglich Qualität zu evaluieren.

Gemäss KVG haben die Kantone bis Ende 2014 eine leistungsorientierte und bedarfsgerechte Spitalliste zu erstellen. Basierend auf der Nordwestschweizer Spitalplanung (Kantone AG, BL, BS und SO) und dem von der GDK empfohlenen Leistungsgruppen-Konzept hat der Regierungsrat bereits Ende 2011 die Spitalliste bzw. die Leistungsaufträge an jene inner- und ausserkantonalen Spitäler beschlossen, die für die stationäre Spitalversorgung der Solothurner Bevölkerung erforderlich sind (RRB Nr. 2011/2608). Der Kanton Solothurn verfügt über eine rechtsgültige Spitalliste. Die Nordwestschweizer Kantone haben 2013 gemeinsam einer externen Beratungsfirma den Auftrag gegeben, die Nordwestschweizer Spitalversorgung zu evaluieren (Monitoring der regionalen und überregionalen Patientenströme 2011 bis 2013). Das Monitoring dient als Basis für eine allenfalls erforderliche Anpassung der Spitalliste. Mit ersten Ergebnissen ist Ende 2014 zu rechnen.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste

irgendeines Kantons aufgeführt sind und zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. 2014 beträgt der Kantonsanteil im Kanton Solothurn 51%. Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens 2 Prozentpunkte umfassen darf, ist der Kantonsanteil für 2016 auf 53% und für 2017 auf 55% festgesetzt worden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012).

Die Solothurner Spitäler AG (soH) hat die Standortstrukturen bereinigt und besitzt mit den zwei Zentrumsspitalern in Olten und Solothurn, dem Spital Dornach (Versorgung nördlich des Juras) und den Psychiatrischen Diensten grundsätzlich wettbewerbsfähige Strukturen. Allerdings genügt das heutige Bürgerspital Solothurn den Anforderungen an ein zukünftiges Akutspital nicht. Deshalb stimmten die Stimmbürger/innen anlässlich der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 dem Neubau mit 65,1% klar zu. In den kommenden Jahren wird es nun darum gehen, den Neubau plangemäss zu erstellen und damit die Anforderungen an ein wettbewerbsfähiges Spital zu erfüllen. Der Behandlungstrakt und das Bettenhochhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022. Im Hinblick auf die zukünftige medizinische Entwicklung ist die Flexibilität besonders wichtig. Der geplante Neubau mit Rasterbauweise erfüllt die notwendige bauliche Flexibilität. Mit dieser Bauweise wird das Spital ohne grösseren Aufwand der künftigen Entwicklung der medizinischen Behandlungen gerecht. Zudem könnten später allenfalls notwendige Erweiterungen einfach vorgenommen werden.

Das Eigentum an den Spitalimmobilien soll auf die soH übertragen werden. Angesichts der noch immer zahlreichen offenen Fragen und Unsicherheiten im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung (z.B. Abgeltung Anlagenutzungskosten), der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Kantonen, des anstehenden Neubaus des Bürgerspitals Solothurn und der fehlenden Erfahrungen ist die Frage des Übertragungszeitpunkts noch offen. Dies gilt auch für die Frage, wie die Übertragung erfolgen soll. In den kommenden Jahren ist die Entwicklung zu beobachten und bis Ende Legislaturperiode sind im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die soH der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien festzulegen.

2. Soziale Sicherheit

Die Vorgaben des Legislaturplanes knüpfen an folgende politische Leitlinien an:

- Prävention und Integration verstärken;
- Armut bekämpfen;
- Strukturen bereinigen;
- Sozialkosten dämpfen.

Eine ausreichende Prävention ebenso wie eine gute Integration der Migrationsbevölkerung und derjenigen von Minderheiten sowie Randgruppen führen zu einer weiterhin tragfähigen und toleranten Gesellschaft. Zudem werden auf diesem Weg Sozialkosten verhindert. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die Menschen ihre Ressourcen frühzeitig entfalten können und so zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt werden. Vor diesem Hintergrund sind

- Familien zu stärken, indem die EL für Familien weitergeführt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und Kinder aus allen Schichten chancengleich die Gelegenheit haben, ihre Ressourcen zu entfalten;
- Schulen in der Präventionsarbeit zu unterstützen;
- Sucht, Gewalt und Probleme im Umgang mit Geld mit spezifischen Programmen zurückzudrängen;
- in Zusammenarbeit mit dem Bund, die spezifischen Integrationsangebote für die Migrationsbevölkerung vor allem in den Bereichen „Information und Beratung“, „Bildung und Arbeit“ sowie „Verständigung und gesellschaftliche Integration“ weiter zu entwickeln.

Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass Armut im Kanton Solothurn häufiger geworden ist. Dieser Entwicklung ist mit einer optimierten gesamtkantonalen Strategie zu begegnen. Darüber hinaus sind die Sozialhilfeleistungen so auszugestalten, dass betroffene Personen eine menschenwürdige Existenzgrundlage erhalten, aber ebenso genügend Anreize und Beistand haben, in ein wirtschaftlich

unabhängiges Leben zurück zu finden. Um dieses Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, werden Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Diese Massnahmen sollen letztlich auch dazu führen, die von den Einwohnergemeinden getragenen Sozialhilfekosten in einem tragbaren Umfang zu halten.

Die knappe Finanzlage gebietet, dass die vorhandenen Strukturen effizient organisiert und schlank gehalten sind. Der zulässige Datenaustausch soll mit modernen Mitteln erfolgen und Schnittstellen bereinigt sein. Die Einführung des Sozialgesetzes und der damit verbundene Prozess der Regionalisierung und Professionalisierung hat sowohl auf Seiten der Einwohnergemeinden wie auch des Kantons zu strukturellen Veränderungen geführt. Zudem müssen sich die Behörden auf neue Problemlagen, ein komplexeres rechtliches Umfeld und veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung einstellen. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, ist die Organisationsentwicklung sowohl in den Sozialregionen wie auch bei den kantonalen Partnerbehörden voranzutreiben. Gleichzeitig sind die Informatikmittel, die Arbeitsgrundlagen sowie der Ausbildungsstand des Personals kontinuierlich zu verbessern. So kann nicht nur eine Strukturbereinigung erfolgen, sondern auch möglicher Missbrauch minimiert werden.

Die Ausgaben des Kantons für die Soziale Sicherheit sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Dieser Trend ist zukünftig mit gezielten und fairen Massnahmen zu brechen oder zumindest zu dämpfen. Zur Entlastung der Ergänzungsleistungen ist die Pflegeheimplanung konsequent umzusetzen und dem Grundsatz ambulant vor stationär nachzuleben. Eine Vervollständigung der kantonalen Sozialplanung durch Erarbeiten einer Planung im Bereich der stationären Angebote für Menschen mit einer Behinderung ebenso wie eine Überprüfung, ob Heime und Werkstätten wirtschaftlich geführt werden, unterstützen diese Zielsetzung. Gleichzeitig ist durch ein Plafonieren der Taxen für stationäre Angebote in allen Bereichen dem Kostenwachstum entgegenzuwirken. Vor demselben Hintergrund muss auch eine Anpassung der Pflegefinanzierung an das Niveau von vergleichbaren Kantonen erfolgen. Klare Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung tragen zum sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln bei. Entsprechend ist eine weitere Entflechtung der Aufgaben insbesondere im Zusammenhang mit dem Verteilschlüssel zu den Ergänzungsleistungen koordiniert mit den anstehenden Anpassungen zum Neuen Finanzausgleich vorzunehmen.

3. Öffentliche Sicherheit

Kantonspolizei

Die Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit soll mit einem Leistungspaket von präventiven und repressiven Massnahmen erreicht werden.

Die auf den 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Ergänzungen des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und weiterer Erlasse (EG StGB) dienen in erster Linie dem Zweck der Gefahrenabwehr und der Straftatenverhütung. Sie wirken vor allem präventiv.

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik kann den Fokus nicht mehr alleine auf die objektive Sicherheit richten. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, welche die subjektive Sicherheit stärken. Rasche Interventionen - mit Hilfe eines optimalen Patrouillendispositivs unter Einbezug der Stadtpolizeien - und sichtbare Präsenz an Brennpunkten verhelfen zu einem guten Sicherheitsgefühl. Das kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) unterstützt die Bemühungen, Gefahren zeitig zu erkennen und durch die Einleitung von Massnahmen Betroffene, Verwaltungsangestellte oder generell die Bevölkerung vor zielgerichteten Gewalttaten und somit ihre psychische Gesundheit zu schützen.

Mit der konsequenten Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen (z.B. Jugendkriminalität, Einbruchdiebstahl, Gewaltdelikte) wird sowohl die objektive Sicherheit gewährleistet wie auch ein Beitrag zur subjektiven Sicherheit geleistet. Gleichzeitig ist ein Augenmerk auf neue Formen der Kriminalität zu richten, damit kein Sicherheitsdefizit entsteht. Die Internetkriminalität oder Fälle wie Menschen- und Drogenhandel weisen fast ausschliesslich einen internationalen Bezug auf, erfordern häufig technische Massnahmen und generell umfangreiche sowie aufwändige Ermittlungen. Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (Anzahl Fälle) Hinsicht stetig zu.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr liegt der Schwerpunkt der polizeilichen Massnahmen bei der Beeinflussung des gefährlichen (strafbaren) Fahrverhaltens. Intensive und zielgerichtete Kontrollen sollen verhindern, dass sich Personen in fahruntüchtigem Zustand im Strassenverkehr befinden und dass zu schnell gefahren wird; insbesondere an unfallträchtigen und gefährlichen Stellen.

Die Planung für einen zukünftigen Betrieb eines Schwerverkehrszentrums ergänzt die Bemühungen, die Sicherheit im Strassenverkehr zu stärken. Mit einem Betrieb des Schwerverkehrszentrums an zentraler Lage können die Risiken des zunehmenden (internationalen) Schwerverkehrs aufgrund von Stichprobekontrollen von Fahrern, Fahrzeugen und Ladungen reduziert werden.

Damit der Alarmempfang für die Notrufe 112, 117, 118, 144 und den ärztlichen Notfalldienst 0848 112 für die Bevölkerung aus dem ganzen Kanton gewährleistet ist und die notwendigen Einsatzkräfte aufgeboren werden können, betreibt die Polizei Kanton Solothurn seit 1999 eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale. Der Kanton Aargau beabsichtigt, seine Einsatzzentrale ebenso zusammenzulegen und in Aarau neu eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale zu betreiben. Im Kanton Solothurn soll deshalb neben der alters- respektive technikbedingten Erneuerung der Alarmzentrale zur Betriebssicherung gleichzeitig im Rahmen einer interkantonalen Zusammenarbeit eine Redundanz für einen Betriebsausfall und einen Überlaufschutz bei einem sehr grossen Notrufaufkommen mit dem Kanton Aargau realisiert werden. Das Projekt ist vom Kantonsrat zu beschliessen und eine allfällige Inbetriebsetzung ist für 2016/2017 geplant.

Justizvollzug

Der Ausbau der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA „Im Schache“ steht kurz vor dem Abschluss. Die neue Anstalt wird den Betrieb 2014 aufnehmen. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung wird der Schachen weiterhin voll ausgelastet sein. Dies gilt auch für den geschlossenen Strafvollzug, der ab Anfang 2015 durch den Kanton Solothurn neu angeboten wird. Im Schöngrün nimmt die Aufenthaltsdauer aufgrund der Schliessung per Ende 2014 tendenziell ab. Hingegen ist von einer anhaltend hohen Auslastung und Belastung der Untersuchungsgefängnisse auszugehen. Generell bleibt die Zahl der betreuungsintensiven Insassen und Klienten anhaltend hoch. Die nationalen Entwicklungen betreffend Öffnung und Entlassungen aus dem Vollzug sind weiter eng zu verfolgen und umzusetzen. Mit spezialisierten Partnern soll zur Aufgabenerfüllung im Sinne von Synergien und Effizienz weiterhin kooperiert werden (z.B. in der medizinischen Versorgung).

Ausweisschriften

Im Laufe des Jahres 2014 wird das elektronische Beantragen der nichtbiometrischen Identitätskarte bei den Gemeinden umgesetzt. Beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) sind biometrische Identitätskarten (ID) mit verschiedenen Zwecken in Vorbereitung. Die Einführung ist in den Jahren 2016/2017 geplant. Ebenso ist eine Erneuerung aller Schweizer Ausweisschriften angekündigt.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

3583 Familien-Ergänzungsleistungen

Grundlagen für Anpassungen und Verlängerung der Sozialleistung schaffen; B+E erarbeiten.
Ist Teil des LP 2013-17 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern'.

Status	Erledigt	Start-Datum	16. Mai 2011	Soll-Termin	31. Mai 2014	Ist-Termin	17. Mrz 2014
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	MP 2014

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5270	Arbeitsgrundlage Evaluation liegt vor	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	FH NWS hat Grundlage geliefert.
5397	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2014	17. Mrz 2014	RRB Nr. 2014/551 vom 17. März 2014

5335	Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.2.1
Im Vordergrund steht das zweite 4-jährige kantonale Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht, das hälftig von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz finanziert wird.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5516	Kantonales Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht 2017-2020 ist implementiert	31. Dez 2016				
5181	Spitalversorgung NWCH (Kt. AG, BL, BS, SO) evaluieren (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B3.2.2
Ambulante und stationäre Patientenströme der Jahre 2011-2013 analysiert und dokumentiert. Überangebot und Versorgungsengpässe in den Versorgungsregionen dargestellt. Verschiebung von stationärer zu ambulanter Behandlung analysiert.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Feb 2012	Soll-Termin	31. Dez 2015	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5143	Auftrag an externe Beratungsfirma erteilt	30. Jun 2013	10. Jun 2013	9 Bewerbungen für Präqualifikation eingegangen, fünf Bewerber zur Offertstellung eingeladen, Auftrag an Firma social design AG, Bern vergeben		
5188	Monitoringkonzept erarbeitet	31. Dez 2013	31. Okt 2013	Detailkonzept erarbeitet.		
5190	1. Monitoringbericht ausgewertet	31. Dez 2014				
5191	2. Monitoringbericht ausgewertet	31. Dez 2015				
5336	Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.2.3
Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Dez 2022	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5531	Baubeginn Behandlungstrakt und Bettenhaus ist erfolgt	31. Dez 2015				
5337	Zeitpunkt/Modalitäten der Immobilienübertragung auf soH festlegen (LP 13 - 17)				Ziel LP	B.3.2.4
In den kommenden Jahren ist die Entwicklung zu beobachten und bis Ende Legislaturperiode 2013 - 2017 sind im Rahmen der Eigenerstrategie des Kantons Solothurn für die soH der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums festzulegen.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5517	Zeitpunkt und Modalitäten im Rahmen der soH-Eigenerstrategie sind festgelegt.	31. Jul 2017				
5204	Krebsregister					
Einrichten Krebsregister						
Status	Sistiert	Start-Datum	1. Nov 2012	Soll-Termin	31. Dez 2014	
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5431	B + E Verpflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Sep 2013		Kredit von KR im VA 2014 gestrichen. Sistierung bis Bundesgesetz.		
5205	Mammografie-Screening					
Einführen Mammografie-Screening						
Status	Sistiert					
Amt	Gesundheitsamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5223	B + E Verpflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen			Sistiert bis Krebsregister geschaffen ist.		
5291	Mammographie-Screening in Betrieb					

5361 EL Freibetrag plafonieren

EL Freibetrag für persönlichen Auslagen für Heimbewohner an Vergleichskantone annähern.

Status **In Arbeit** Start-Datum **26. Feb 2014** Soll-Termin **31. Mrz 2015**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5609	Verordnungsänderung durch RR beschlossen	31. Mrz 2015		

5228 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.1

Förderung und Aufwertung der familienergänzende Kinderbetreuung (Auftrag Anna Rüefli, A117/2012 vom 26.6.2013).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2013** Soll-Termin **30. Jun 2016**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5381	Grundlagenbericht familienergänzende Kinderbetreuung von Ecoplan liegt vor	31. Aug 2014		Auftrag an Ecoplan ist erfolgt.
5493	Kantonale Richtlinien für die Betreuung und Platzierung von Kindern sind überarbeitet	30. Jun 2015		
5519	Steigerung der Platzzahl 2016 im Vergleich zu 2012 um 10%	31. Jul 2017		

5347 Langzeit-Pflegebedarf bewältigen (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.3.

Umsetzung Pflegeheimplanung 2020 (SGB 125/2013 vom 6. November 2013)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Aug 2013** Soll-Termin **31. Jul 2017**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5570	Vergaberichtlinien DdI beschlossen	30. Jun 2014		
5571	Zahl der zusätzlichen Pflegeheimplätze < 150	31. Dez 2016		

5250 Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.4

Strategie und Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut. Die Ergebnisse des Teilprojektes 5249 sind aufzunehmen. Zudem besteht eine Verknüpfung mit dem Projekt 3583 (Familien-EL).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2014** Soll-Termin **31. Dez 2015**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5455	Vorstudie liegt vor	31. Mrz 2015		
5458	Optimierte Strategie gegen Armut und Armutsbekämpfung liegt vor	31. Dez 2015		

5249 Sozialkosten dämpfen (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B.3.1.5

Konzept und Massnahmenplan zur bedarfsgerechten Sicherstellung der Sozialhilfe. Die Ergebnisse des Projektes 1418 fliessen in dieses Projekt mit ein.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2013** Soll-Termin **31. Jul 2017**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5453	Massnahmenplan erstellt	31. Dez 2014	4. Feb 2014	RRB Nr. 2014/233 vom 4.2.14
5521	Kosten pro Sozialhilfefall liegen auch 2016 unter dem schweizerischen Durchschnitt	31. Dez 2016		

1418 Konzept Missbrauch Sozialhilfeleistungen

Konzept Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2012** Soll-Termin **31. Mrz 2014**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5277	Vertrag mit Experte abgeschlossen	30. Nov 2012	30. Nov 2012	Vertrag mit Peter Mösch (Hochschule Luzern - Soziale Arbeit) abgeschlossen
465	Konzept liegt vor	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt
5635	Konzept durch RR beschlossen	30. Jun 2014		

5217	Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.1.6
Versorgungssicherheit im Bereich Menschen mit Behinderungen bedarfsgerecht gewährleisten. Planung stationäre und ambulante Angebote.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2014	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5322	Projektplanung erstellt	30. Jun 2013	31. Mrz 2013	Vorgehensplan erstellt, mit FAKO Behinderung abgesprochen		
5377	Teilplan Heime und Werkstätten (B+E) zuhanden KR beschlossen	31. Dez 2014				

1425	Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten			
Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.				
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin 31. Dez 2014
Amt	Amt für Soziale Sicherheit			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
928	Vorstudie PwC liegt vor	31. Mrz 2012	31. Mrz 2012	Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheimen 2012, Vorstudie PWC ist erstellt.
5278	Konzept liegt vor	30. Jun 2014		

1427	"Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen				
'Schwelleneffekte' beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung.					
Status	Sistiert	Start-Datum	4. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
563	Abschluss Vertrag Experte	30. Nov 2012	30. Nov 2012	Vertrag wurde mit der Firma 'Interface' abgeschlossen	
5264	Bericht liegt vor	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Erledigt	

1409	Pflegeheimplanung 2020	Ziel LP	B.3.1.3
Heimplanung 2012 erneuern			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2012
Soll-Termin	30. Jun 2014	Ist-Termin	6. Nov 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1051	Vernehmlassungsentwurf	30. Apr 2013	26. Mrz 2013
		Nachweis/Planung	
		Regierungsrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren mit Frist bis 24. Mai 2013	
5266	B+E von RR verabschiedet	31. Aug 2013	2. Jul 2013
		RRB 2013/1356 vom 2.7.2013	
5494	KR-Entscheid liegt vor	31. Mrz 2014	6. Nov 2013
		SGB 125/2013 vom 6.11.2013	

4180	Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren	Ziel LP	C.3.1.2
Grundlage für eine Programmvereinbarung mit dem Bund schaffen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung.			
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jun 2011
Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2013
Amt	Amt für Soziale Sicherheit		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1040	Externer Auftrag vergeben	31. Dez 2011	31. Dez 2011
		Nachweis/Planung	
		Auftrag an Firma "Schiess" vergeben	
5273	Programmentwurf liegt zur Vorprüfung an Bund vor	31. Dez 2012	31. Dez 2012
		RR nahm im Dezember 2012 vom Entwurf Kenntnis (RRB Nr. 2012/2459 vom 11.12.2012).	
5274	Programm von RR verabschiedet	30. Apr 2013	24. Jun 2013
		Der Bund liess sich erst anfangs März 2013 vernehmen. Das Programm wurde verabschiedet (RRB 2013/1225 vom 24.6.2013).	
5275	Programmvereinbarung mit Bund abgeschlossen	31. Okt 2013	31. Dez 2013
		Erledigt	

1777 Kinderzulagen für jedes Kind

Kinderzulagen für jedes Kind, unabhängig des Erwerbsstatus der Eltern; Änderung Sozialgesetz

Status **Erledigt** Start-Datum **8. Mrz 2010** Soll-Termin **31. Mrz 2013** Ist-Termin **31. Mrz 2013**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5376	Projektstand per 31. März 2013	31. Mrz 2013	31. Mrz 2013	Programmatische Forderung in Zusammenarbeit mit der Ausgleichskasse und dem Volkswirtschaftsdepartement weitgehend erfüllt (vgl. RRB Nr. 2013/388 vom 05.03.2013).

1430 Sozialbericht 2013

Sozialbericht 2013 erarbeiten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013** Ist-Termin **30. Jun 2013**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
564	Auftrag zur Erarbeitung vergeben	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Vorstudie abgeschlossen. Auftrag mit RRB Nr. 2010/306 vom 23. Februar 2010 an die FHNWS vergeben.
565	Vorstudie erstellt	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Vorstudie von der FH NWS liegt vor
531	Sozialbericht liegt vor	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Erledigt

1740 Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B3.3.5

Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt

Status **In Arbeit** Start-Datum **24. Feb 2011** Soll-Termin **31. Jul 2017**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5148	Zwischenentscheid RR erfolgt	30. Sep 2012	3. Dez 2012	RRB Nr. 2012/2382 vom 03.12.12
5192	Strategie von RR beschlossen	30. Jun 2013	30. Jun 2013	Bericht termingerecht dem Departement abgegeben.
5479	Standortentscheid von RR beschlossen	30. Jun 2014		Schnittstellen zu Administrativhaft in Bereinigung; anschliessend Erarbeitung Unterlagen für den Regierungsratsbeschluss.

3804 JVA 2014 Neubau

Neubau Justizvollzugsanstalt 2014

Status **In Arbeit** Start-Datum **23. Mai 2011** Soll-Termin **31. Dez 2014**
 Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1237	Sicherheit während der Bauphase	31. Jan 2012	31. Jan 2012	Das Sicherheitskonzept wurde erstellt und angewendet. Erste Erfahrungen sind positiv.
1228	Übergangsplanung der JVA	30. Jun 2012	30. Jun 2012	Block 1: Die Insassen vom Schache werden zunächst ab 1. Mai 2014 auf das neue Gebäude verteilt. Am 1. Juli wird alles vom Schache in das neue Gebäude verschoben. Der Betrieb der Strafanstalt Schöngrün soll bis Ende November 2014 wie gehabt weiterlaufen.
1229	Stellenbeschriebe / Stellenbesetzungsplan	30. Jun 2013	31. Mrz 2013	Die Stellenbeschriebe und die Stellenbesetzungsplanung sind abgeschlossen und gehen nun in die Umsetzungsphase.
1243	Zusammenführung TZ im Schache und STA Schöngrün	31. Dez 2014		Die Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung und den Umzug haben begonnen. Der Zeitplan kann eingehalten werden.

5338 Prävention optimieren (LP 2013 - 2017)

Ziel LP

B 3.3.1

Der Präventionsgedanke soll insbesondere dort umgesetzt werden, wo ein wesentlicher Beitrag zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie von Sachwerten geleistet werden kann (Prävention ist gesetzliche Kernaufgabe der Polizei).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Dez 2013** Soll-Termin **31. Jul 2017**
 Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5502	KBM (Kant. Bedrohungsmanagement) mit den entsprechenden Gesetzesbestimmungen ist umgesetzt; Amtsstellen sind vernetzt.	31. Dez 2014		

5339	Sicherheit im Strassenverkehr verbessern (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.2
Die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgt risiko- und unfallursachenorientiert und unter Verwendung moderner Technik. Die Anteile Unfälle mit Ursache FiaZ / Geschwindigkeit liegen im Durchschnitt der Jahre 2013-16 tiefer als im Durchschnitt der Jahre 2009-12.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Jul 2017	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5510	Indikator Anteil Unfälle FiaZ liegt vor (<7.8)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt		
5511	Indikator Anteil Unfälle Geschwindigkeit liegt vor (<12.4)	31. Mrz 2014	31. Mrz 2014	Erledigt		
5503	Neues Radarkonzept ist unter Einbezug der neuen semistationären Anlagen erarbeitet					
5340	Subjektive und objektive Sicherheit stärken (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.3
Die Polizei orientiert sich in ihrer Organisation und ihrem Handeln an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft, um unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Ressourcen eine hohe subjektive und objektive Sicherheit zu gewährleisten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2015	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5505	Schnittstellen zu den Stadtpolizeikorps sind bereinigt und die Organisationsstruktur bei der Krim-Abt. ist angepasst	31. Dez 2014				
5499	Optimierungsmassnahmen aus Evaluationsbericht 2013 STAPO/KAPO sind umgesetzt	31. Dez 2014				
5512	Konzept mit geklärten Schnittstellen und gezielt auf die Organisation abgestimmten Zuständigkeiten liegt vor.	31. Dez 2015				
5342	Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen (LP 2013 - 2017)				Ziel LP	B.3.3.4
Die Polizei betreibt im Auftrag des Bundes ein Schwerverkehrszentrum. Mit dem SVKZ wird gewährleistet, dass die Emissionswerte der Luftreinhalteverordnung eingehalten und die Risiken des Schwerverkehrs minimiert werden können (Stichprobekontrollen).						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2013	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5506	Variantenentscheid ist gefällt	30. Jun 2014				
5513	Vorlage (B+E) zuhanden Kantonsrat ist beschlossen.	31. Dez 2014				
5091	Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)					
Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den Alarmzentralen der Kt. AG und SO.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Sep 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Amt	Polizei					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1219	Kick-off	19. Sep 2011	19. Sep 2011	Projektanstoss erfolgt.		
5140	Genehmigung Vorstudie	31. Mai 2012	29. Jun 2012	Vorstudie V0.91 mit Kostenschätzung liegt vor; Finanzbedarf Kanton Solothurn ca. 4 Mio. Erste interkantonale Projektausschuss-Sitzung am 02.05.2012 erfolgt.		
5201	Hauptstudie liegt vor	30. Jun 2013	13. Aug 2013	Hauptstudie erarbeitet		
5515	Umsetzungsentscheid durch Regierungsrat	30. Sep 2013	13. Aug 2013	Auftrag zur Erarbeitung von B+E zuhanden Kantonsrat erteilt (RRB Nr. 2013/1472 vom 13.8.2013).		
5500	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen					
		30. Jun 2014				

1215 Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps

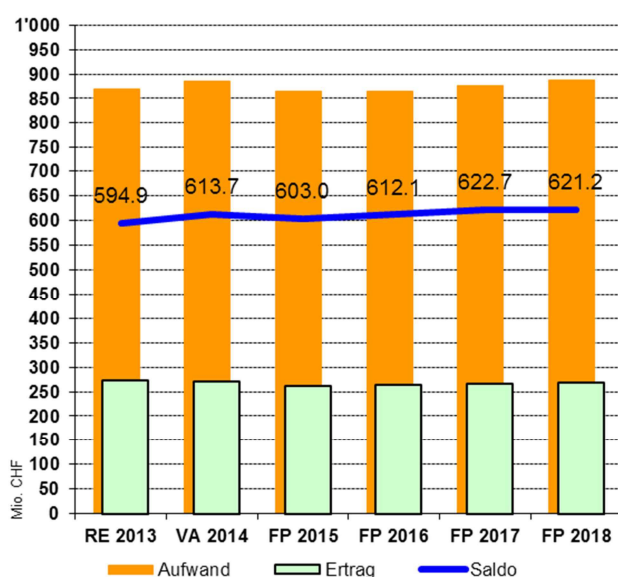
Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten

Status **Erledigt**Start-Datum **20. Jun 2011**Soll-Termin **31. Jul 2014**Ist-Termin **30. Sep 2013**Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge - sofern Handlungsbedarf erteilt	31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart
1230	Evaluation Zusammenarbeit der Stadtpolizeikorps mit der Kapo	31. Dez 2012	30. Apr 2013	Erledigt. Ergebnisbericht der Evaluation durch FHNW.
569	Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)	31. Dez 2013	30. Sep 2013	Erledigt. Evaluation 2012 des neuen Zusammenarbeitsmodells.

Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

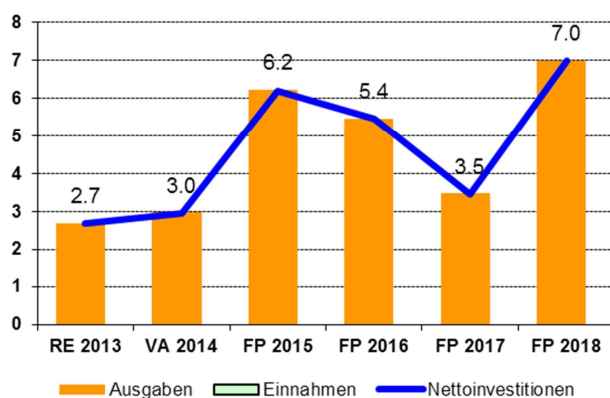
Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	187.8	186.9	180.9	177.7	176.0	174.0
Ertrag	-32.0	-24.7	-23.4	-24.6	-24.6	-24.9
Globalbudgetsaldo	155.8	162.2	157.4	153.0	151.4	149.0
Verrechnungen	-0.8	16.9	16.9	16.9	16.9	16.9
Saldo	155.0	171.9	167.1	162.7	161.1	158.7
Finanzgrössen						
Aufwand	681.3	697.6	682.8	698.5	712.1	714.2
Ertrag	-241.5	-246.7	-237.8	-240.0	-241.3	-242.6
Verrechnungen	0.2	-16.3	-16.3	-16.3	-16.3	-16.3
Saldo	440.0	441.8	436.0	449.3	461.7	462.5
Saldo total	594.9	613.7	603.0	612.1	622.7	621.2



FP 2015 weist gegenüber der Rechnung 2013 eine Aufwandsteigerung von 8 Mio. Fr. aus. Hauptgründe sind die Soziale Sicherheit + 2.9 Mio. Fr. (v.a. Ergänzungsleistungen AHV / IV); die öffentliche Sicherheit + 5.8 Mio. Fr. (Kantonspolizei + 4.2 Mio. Fr., Justizvollzug + 1.6 Mio. Fr.).

Die weiteren Kostensteigerungen von ungefähr 10 Mio. Fr. im FP 2016 und 2017 betreffen mit +10 Mio. Fr. hauptsächlich den Bereich der Gesundheit (vom KVG vorgegebene Erhöhung Kantonsanteil Spitalbehandlungen auf 53% bzw. 55%)

Investitionsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total						
Ausgaben	2.7	3.0	6.2	5.4	3.5	7.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	3.0	6.2	5.4	3.5	7.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Polizei	2.7	3.0	6.2	5.4	3.5	7.0



Die Nettoinvestitionen im Ddl betreffen nur die Kantonspolizei. Sie steigen im FP 2015 gegenüber der RE 2013 um 3.5 Mio. CHF. aus folgenden Gründen:

- technische Infrastruktur, Bauten sowie IT
- interkantonale Redundanz Alarmzentralen Kantone AG und SO (IRAGSO)

2016 und 2017 sinken die Investitionen während sie 2018 aufgrund des Projektes INPOS (Journal, Rapportierung) wieder auf knapp 7 Mio. Fr. ansteigen.

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Haus- und Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen. Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsstandort stärken

1.5.1 Qualitatives wirtschaftliches Wachstum fördern

1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.1 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizient und erneuerbare Energien fördern

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 2014 - 2017 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 2015 - 2018.

Eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft soll jedem Mitglied unserer Gesellschaft die Möglichkeit bieten, ihre Existenz mit einer ihren Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Standort Solothurn will seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken. Durch die stete Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert und ausgebaut werden.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen. Botschaft und Entwurf zum Neuen Finanzausgleich SO Kanton – Einwohnergemeinden sind derzeit zur parlamentarischen Behandlung im Kantonsrat. Gemäss Kantonsratsbeschluss vom 28. Juni 2011 (KRB A 45 A/2011) soll ab dem Jahre 2015 eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs nach den gleichen Grundsätzen für die Kirchgemeinden erarbeitet werden. Das Projekt HRM2 zur Einführung der neuen Rechnungslegung bei den Gemeinden wird im Verlauf der Legislatur umgesetzt.

Vorbereitungsarbeiten auf technischer und gesetzgeberischer Ebene sind in verschiedenen Teilprojekten im Gang. Im Rahmen des Massnahmenpakets 2014 wird die Abschaffung der finanziellen Anreize bei Fusionen sowie Beiträge bei Sanierungen geprüft. Weiter sollen die Zivilstandsämter auf vier Standorte konzentriert werden. Durch die Verrechnung der Vollkosten für die Leistungen der Gemeindeaufsicht soll der Gebührenertrag erhöht werden.

Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei basiert auf dem neuen Globalbudget 2014 – 2016. Neue Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen wurden nicht aufgenommen. Im Rahmen der gestarteten Totalrevision der Jagdgesetzgebung wird u.a. geprüft, inwiefern die Spezialfinanzierung des Jagd- und Fischereifonds weitergeführt werden kann und soll.

Im Rahmen der Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 (AP 2014/17) des Bundes schafft das Amt für Landwirtschaft die Voraussetzungen, die in den Programmen mit finanzieller Beteiligung des Kantons verfügbaren Bundesmittel auszulösen (Vernetzung, Landschaftsqualität). Im Bildungsbereich wird das neu erstellte Ausbildungskonzept zur Erreichung der Berufs- und Meisterprüfung umgesetzt. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen am Wallierhof bleibt aufgrund der AP 2014/17 und der

angespannten wirtschaftlichen Situation im Bereich Landwirtschaft hoch.

Der sicherheitspolitische Bereich wird weiterhin geprägt durch natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristisch bedingte Ereignisse (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Pandemie usw.). Für den gesamten Kanton wurde deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Diese gilt es nun zu implementieren und zu festigen. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes zur Stärkung der Unabhängigkeit auf Anfang 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Dabei wurde die Option einer interkantonalen Lösung in der kantonalen Gesetzgebung offen gehalten.

Botschaft und Entwurf zu einem entsprechenden Staatsvertrag mit dem Kanton Aargau sollen dem Kantonsrat im Verlauf des laufenden Jahres unterbreitet werden.

Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird mit angemessener Zurückhaltung im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein gepflegt.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

92	3.2.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen							
	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Dienststellen gewährleisten						Beschluss	Dauerauftrag
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	22. Jan 2010	Ist-Termin	22. Jan 2010
	Amt	Amt für Wirtschaft und Arbeit						
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
26	Berufswahlplattform durchführen			31. Jul 2009	31. Jul 2009	in 2009 erl.		
90	Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz							
	Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft							
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	1. Jan 2016		
	Amt	Amt für Wirtschaft und Arbeit						
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1060	Studie Borner liegt vor			30. Jun 2010	25. Sep 2010			
23	Projektorganisation einsetzen			31. Dez 2009	1. Dez 2009			
641	Expertenentwurf liegt vor			31. Mai 2012	5. Jun 2012			
642	B+E zur Vernehmlassung			31. Aug 2012	28. Sep 2012			
5168	Vernehmlassungsverfahren			31. Dez 2012	5. Nov 2012			
5459	Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis			31. Mai 2013	4. Jun 2013			
643	B+E an KR			30. Sep 2013	24. Mrz 2014			
5565	Inkraftsetzung			1. Jan 2016				
756	Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien							
	Die Energiefachstelle hat ein eigenständiges Globalbudget.						Beschluss	-
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2008	Ist-Termin	31. Dez 2008
	Amt	Amt für Wirtschaft und Arbeit						
Nr.	Meilensteine			Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
216	Neues Globalbudget EFS			31. Dez 2008	31. Dez 2008			

5182 Teilrevision Energiegesetz

Teilrevision des Energiegesetzes: Verbot Elektroheizung (Auftrag Fabian Müller)

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Mrz 2012** Soll-Termin **1. Jan 2015**Amt **AWA, Abteilung Energiefachstelle**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5163	Amtsinterner Entwurf B+E	8. Okt 2012	8. Okt 2012	
5164	Eröffnung Vernehmlassungsverfahren	25. Feb 2013	26. Mrz 2013	
5462	Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis	30. Sep 2013	4. Nov 2013	
5154	B+E zu Handen Kantonsrat	29. Apr 2014		
5156	Behandlung B+E Kantonsrat	30. Jun 2014		
5572	Inkraftsetzung	1. Jan 2015		

179 Reform Finanz- und Lastenausgleich

Reform der Finanzausgleichssysteme unter den Einwohnergemeinden

Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2010** Soll-Termin **1. Jan 2015**Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
388	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
53	Konzept erarbeiten	30. Jun 2012	3. Jul 2012	RRB 2012/1513
54	B+E erstellen	31. Mrz 2013	31. Dez 2013	
55	Vernehmlassung und KR-Beratung	31. Dez 2013	31. Mrz 2014	
56	Inkraftsetzung	1. Jan 2015		

386 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden

Besondere Unterstützungsmassnahmen

Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Dez 2010**Ist-Termin **30. Apr 2010**Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
79	Arbeitsgruppe zusammenstellen	31. Dez 2008	31. Aug 2008	
80	Konzept erarbeiten	31. Dez 2009	17. Nov 2009	
81	Gesetzesanpassungen	31. Dez 2010	31. Mrz 2010	

181 Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden

Neues Rechnungslegungssystem

Status **In Arbeit** Start-Datum **14. Dez 2010** Soll-Termin **31. Dez 2016**Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Jan 2011	
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept	30. Jun 2012	27. Aug 2012	RRB 2012/1739
675	Phase 2 - Gesetzgebung	30. Jun 2014		
676	Phase 3 - Technik / Schulung	31. Dez 2016		
677	Phase 4 - Produktivsetzung	31. Dez 2016		

4 Wildtierkorridore

Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindung der ansonsten getrennten Lebensräume von Wildtieren für bestimmte Zielarten besser gewährleistet sind.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2007** Soll-Termin **31. Dez 2016**Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1	Schlussbericht Wildtierkorridore	30. Sep 2008	30. Sep 2008	
2	RRB durch ARP	31. Dez 2012	31. Dez 2012	
4	Umsetzung von Massnahmen	31. Dez 2016		

220 **Agrarpolitik 2011**

-							
Status	Erledigt	Start-Datum	27. Aug 2009	Soll-Termin	30. Jun 2013	Ist-Termin	31. Dez 2013
Amt	Amt für Landwirtschaft						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
61	GELAN Extranet	31. Dez 2010	19. Sep 2011	Erste Datenerfassungen sind per Internet erfolgt.			
62	Flächenerhebung im GIS	30. Jun 2013	31. Dez 2013				

238 **Veterinärgesetzgebung**

238	Veterinärgesetzgebung					Ziel LP	-
	Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die geänderten Bundesvorgaben.					Beschluss	-
Status	Abgebrochen	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Amt für Landwirtschaft						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
65	Projektplanung ist vorhanden	30. Apr 2009	30. Apr 2009				
71	Verordnungen liegen vor	30. Jun 2013		in Arbeit.			
72	In Kraft treten	31. Dez 2013					

159 **Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn**

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt. Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	22. Nov 2011	Soll-Termin	31. Dez 2018
Amt	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
616	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst	30. Jun 2014		.	
617	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO	30. Sep 2014		.	
621	Abindung der RFS in den Führungsverbund	31. Dez 2017		.	
623	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn	31. Dez 2018		.	

145 **Gefahren- und Risikoanalyse**

Im Rahmen der Gefahren- und Risikoanalyse werden die folgenden Punkte mit Bezug auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn ererarbeitet:

- Risikopotentiale in Bezug auf alle bekannten Gefährdungsarten hin aufzeigen.

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2009

Soll-Termin

31. Dez 2016

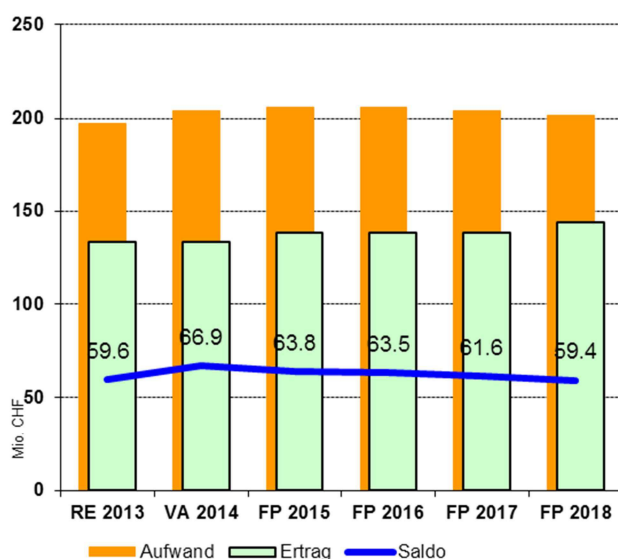
Amt

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
36	Initialisierung Studie	31. Dez 2009	20. Nov 2009	
113	Vernehmlassung Projektauftrag	15. Jan 2010	21. Jan 2010	
630	Genehmigung Projektauftrag	28. Feb 2010	23. Feb 2010	
114	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC	30. Jun 2010	25. Jun 2010	
586	Interdependenzen	31. Dez 2010	1. Dez 2010	
587	Kosten - erste Beurteilung	31. Dez 2010	6. Dez 2010	
589	Integration Szenarien Risiken Schweiz	30. Sep 2011	21. Dez 2010	
593	GRA - 1. Version bereit für Vernehmlassung	31. Dez 2015		
594	Abschluss Vernehmlassung	30. Jun 2016		
595	Entscheid über weiteres Vorgehen gefällt	31. Dez 2016		

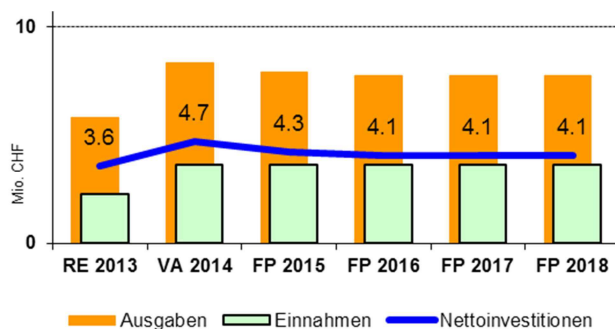
Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	137.2	143.3	146.7	146.0	145.8	145.7
Ertrag	-112.9	-115.1	-119.9	-119.6	-119.6	-119.6
Globalbudgetsaldo	24.3	28.2	26.8	26.4	26.3	26.2
Verrechnungen	7.6	8.0	8.1	8.1	8.1	8.1
Saldo	31.9	36.2	35.0	34.5	34.4	34.3
Finanzgrössen						
Aufwand	60.8	60.9	60.5	59.7	58.1	58.0
Ertrag	-21.9	-18.5	-19.8	-18.7	-18.7	-24.4
Verrechnungen	-11.4	-11.7	-11.9	-12.2	-10.6	-4.7
Saldo	27.5	30.7	28.7	28.9	28.8	28.9
Saldo total	59.4	66.9	63.7	63.4	63.2	63.2



Die Massnahmen aus dem Massnahmenplan 2014 entfalten ihre Wirksamkeit kontinuierlich über die nächsten vier Jahre. Dem entsprechend sinkt der Saldo.

Investitionsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Total						
Ausgaben	5.8	8.4	7.9	7.8	7.8	7.8
Einnahmen	-2.2	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Nettoinvestitionen	3.6	4.7	4.3	4.1	4.1	4.1
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.4	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.2	2.6	2.3	2.3	2.3	2.3
Amt für Wirtschaft und Arbeit	0.0	0.9	0.9	0.8	0.8	0.8



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

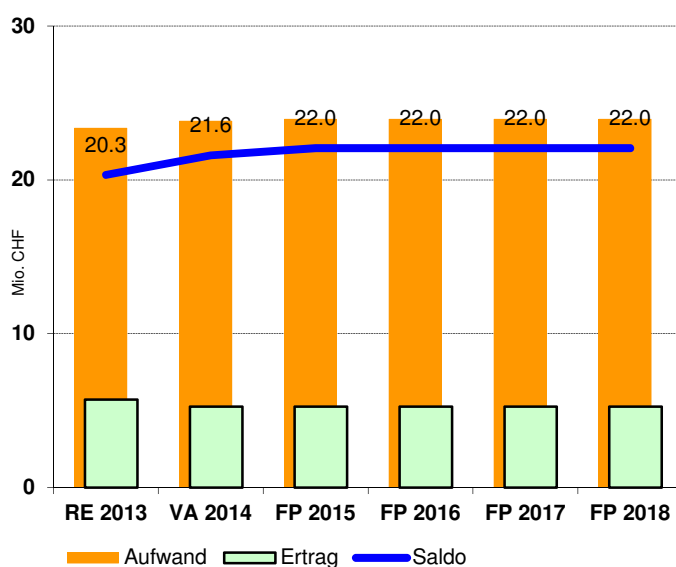
7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2013	VA 2014	FP 2015	FP 2016	FP 2017	FP 2018
Globalbudgets						
Aufwand	19.6	20.1	20.2	20.2	20.2	20.2
Ertrag	-5.6	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	14.0	15.0	15.1	15.1	15.1	15.1
Verrechnungen	2.7	3.1	3.4	3.4	3.4	3.4
Saldo	16.7	18.0	18.4	18.4	18.4	18.4
Finanzgrössen						
Aufwand	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	3.7	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	20.3	21.6	22.0	22.0	22.0	22.0



Die Differenz zum Voranschlag 2014 besteht in Mehraufwendungen von Fr. 130'000 im Globalbudget (Stufenanstiege) und von Fr. 310'000 bei den Verrechnungen. Die Finanzgrösse wurde in gleicher Höhe wie 2014 budgetiert.